

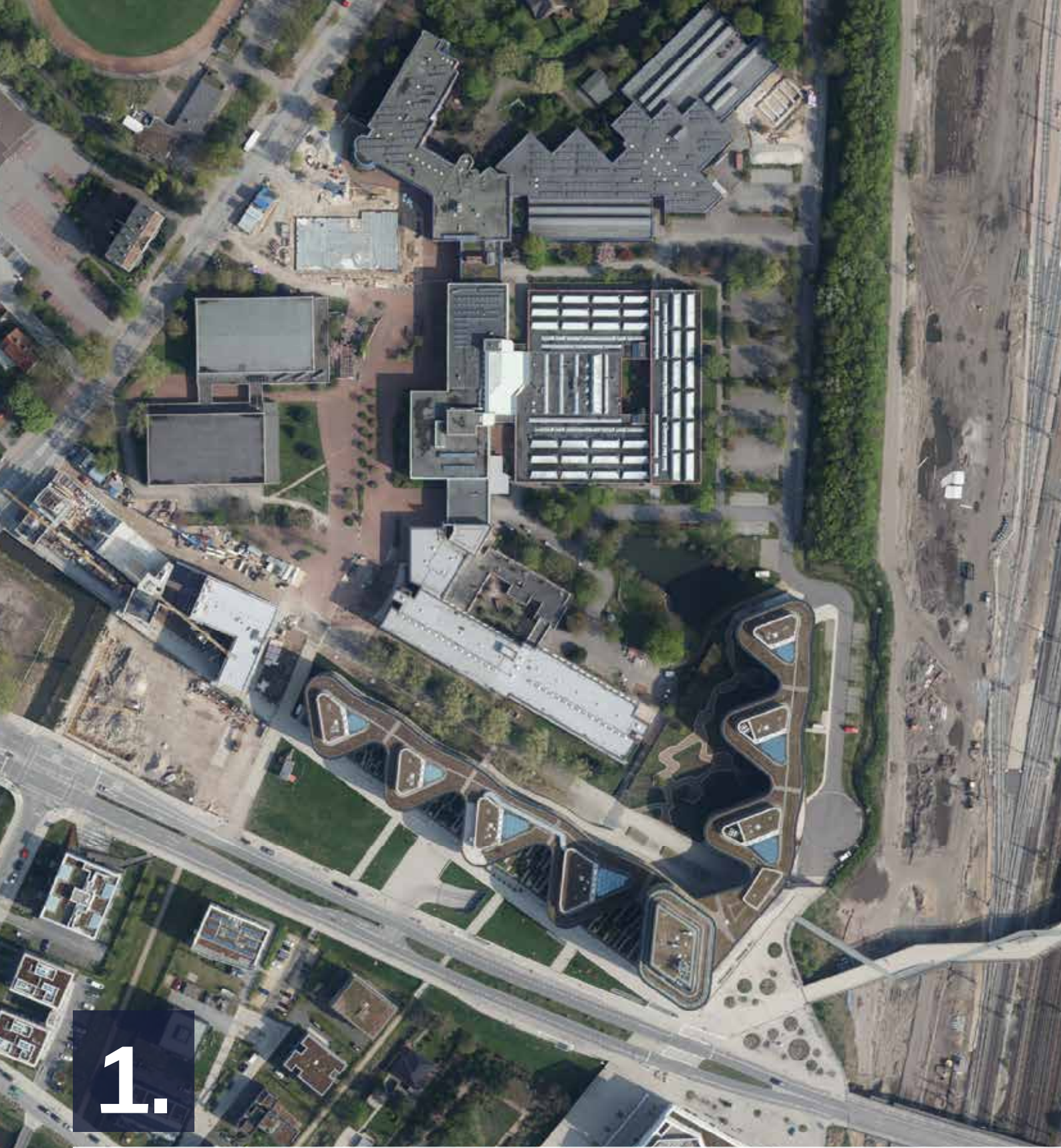


GESCHÄFTSBERICHT 2017

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort	3
Der LGV – der innovative und verlässliche Dienstleister	4
2. Der Verwaltungsrat	7
Bericht des Verwaltungsrates	8
Mitglieder Verwaltungsrat	9
3. Organigramm und Kennziffern im Überblick	11
4. Im Blickpunkt: Die digitale Transformation – der LGV als Gestalter	15
Kompetenzzentrum Urban Data Hub	16
Building Information Modeling (BIM)	18
Leitstelle XPlanung / XBau	20
Langzeitspeicherung digitaler Geodaten	21
Verkehrsdaten	23
Masterportal / Schulinformationssystem	25
Auskünfte Liegenschaftskataster	27
Geschäftsstelle des Gutachterausschusses	29
5. Jahresabschluss in Zahlen	31
Lagebericht 2017	32
Anhang zum Jahresabschluss 2017	42
Bilanz zum 31. Dezember 2017	48
Gewinn- und Verlustrechnung	50
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	51
6. Anhang	53
Abkürzungsverzeichnis	54
Impressum	55



1.



VORWORT

DER LGV – DER INNOVATIVE UND VERLÄSSLICHE DIENSTLEISTER



GESCHÄFTSFÜHRER
ROLF-WERNER WELZEL

Liebe Leserinnen und Leser,

in dem vorliegenden Geschäftsbericht erhalten Sie einen Überblick über die besonderen Herausforderungen und Projekte im Jahr 2017. Die Zahlen und Fakten dokumentieren das positiv verlaufende Geschäftsjahr und damit auch, dass sich der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) weiter in die richtige Richtung entwickelt.

Geschäftstätigkeiten im Wandel

In den letzten Jahren hat sich der LGV immer mehr als Dienstleister für Geodaten und Geo-Anwendungen für die Freie und Hansestadt Hamburg etabliert und gestaltet damit maßgeblich die digitale Kommunikation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung in der Stadt mit.

Die nachstehenden Projekte machen diese Entwicklung in Hamburg deutlich: die Integration, Vernetzung und Auswertung aller städtischen Daten findet zunehmend automatisiert statt, die Anwendungen werden interaktiver sowie auf allen Geräten nutzbar und die 3D-Darstellung von Geoinformationen wird immer stärker nachgefragt. Was dieses konkret bedeutet, zeigen diese ausgewählten Projekte, die auf den nachfolgenden Seiten beschrieben sind:

- 1) **Kompetenzzentrum Urban Data Hub** für die Freie und Hansestadt Hamburg – Synergien der vorhandenen städtischen Daten und Geodaten sinnvoll nutzen
- 2) **Building Information Modeling (BIM)** – koordinierte Datenverwaltung im Bauwesen
- 3) **Leitstelle XPlanung / XBau** – Standards beim Bauen und Planen
- 4) **Langzeitspeicherung digitaler Geodaten** – das Thema gewinnt an Bedeutung
- 5) **Verkehrsdaten** – die Grundlage für viele städtische Anwendungen
- 6) **Masterportal / Schulinformationssystem** – ein Beispiel für nutzungorientierte Anwendung
- 7) **Auskünfte Liegenschaftskataster** – Etablierung weiterer Online-Vertriebswege
- 8) **Geschäftsstelle des Gutachterausschusses** – es geht digital voran

Ergänzend dazu unterstützt der LGV in vielen anderen Bereichen die Freie und Hansestadt Hamburg durch die Pflege und Bereitstellung von städtischen Daten und Entwicklung von digitalen (Geo-)Anwendungen beim Aufbau des „Modernen Hamburgs“.

Finanzen und Personal

Der LGV, als eine Einrichtung der Hamburger Verwaltung, ist der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen zugeordnet und trägt seinen Teil zum Finanzhaushalt bei. Im Jahr 2017 gelang dem LGV, aufgrund unterjähriger Sondereffekte sowie stetiger Bemühungen zur Steigerung der Kostendeckung, geplanten Verlusten entgegenzuwirken und zu einem positiven Jahresergebnis zu kommen.

Der Bereich Personal wird immer stärker in den Fokus rücken: Aufgrund des demografischen Wandels hat der LGV in den nächsten Jahren und verstärkt ab 2020 eine dramatische Personalfuktuation zu bewältigen. Das bedeutet zukünftig nicht nur eine strukturierte Personalentwicklung, sondern auch erhöhte Anforderungen an einen gekonnten Wissenstransfer, um dem Know-how-Verlust vorzubeugen.

Dank an alle Beteiligten

2017 war ein spannendes und erfolgreiches Jahr für den LGV. Ich möchte mich herzlich bei Allen bedanken, die daran mitgewirkt haben. Mein besonderer Dank gilt unseren Kundinnen und Kunden ebenso, wie der Aufsicht führenden Behörde und dem Verwaltungsrat sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dabei möchte ich betonen, dass besonders durch das große Engagement und die hohe Identifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die gute Entwicklung sowie das positive Ergebnis in 2017 möglich wurden.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen bei der Lektüre des Geschäftsberichts 2017 interessante Einblicke in unsere Tätigkeitsfelder.

Ihr



Rolf-Werner Welzel

Geschäftsführer

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung





2.

DER VERWALTUNGSRAT

Staatliche Gewerbeschule
Informations- und Elektrotechnik,
Chemie- und Automatisierungstechnik

Landesbetrieb
Geoinformation und
Vermessung

Behörde für
Stadtentwicklung
und Wohnen
XIII
Behörde für Umwelt
und Energie

Kurt-Emmerich-Platz

Elisa-Brönnele-Kanal

Drahtenstraße

Neuenfelder Straße

Muharrem-Acar-Brücke

Gertrud-von-Thaden-Platz

Am Inselpark

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Verwaltungsrat hat die Aufsicht führende Behörde bei der Steuerung des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung unterstützt. Dazu gehörte insbesondere die Überwachung der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung auf der Grundlage regelmäßiger ausführlicher schriftlicher Berichte der Geschäftsführung.

In dem Geschäftsjahr 2017 trat der Verwaltungsrat zu insgesamt zwei Sitzungen zusammen und hat auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen und ergänzender mündlicher Berichte der Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsperspektiven des Landesbetriebes sorgfältig erörtert.

Der Jahresabschluss mit Lagebericht 2017 wurde rechtzeitig erstellt und im Verwaltungsrat ausführlich beraten. Der Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz GmbH & Co. KG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach Kenntnisnahme des Prüfberichtes hat der Verwaltungsrat der Aufsicht führenden Behörde die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses empfohlen.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die mit großem Engagement geleistete Arbeit.



Werner Koch
Vorsitzender des Verwaltungsrates



VORSITZENDER DES VERWALTUNGSRATES
WERNER KOCH

MITGLIEDER VERWALTUNGSRAT

Im Geschäftsjahr 2017 setzte er sich zusammen aus:

- » Herr Werner Koch
Vorsitzender
Behörde für Stadtentwicklung
und Wohnen
- » Herr Jens Matthes
stellvertretender Vorsitzender
Behörde für Stadtentwicklung
und Wohnen
- » Frau Susanne Metz
Behörde für Stadtentwicklung
und Wohnen (ab 15.6.2017)
- » Herr Jörn Riedel
Finanzbehörde
Chief Information Officer
- » Prof. Dr.-Ing. Harald Sternberg
Hafen City Universität Hamburg
Vizepräsident für Lehre und
Studium
- » Dr. Hubert Bischoff
megatel Informations- und
Kommunikationssysteme GmbH
- » Frau Angela Belser-Eberhardt
Vorsitzende des Personalrats
beim Landesbetrieb Geoinfor-
mation und Vermessung



3.

ORGANIGRAMM UND KENNZIFFERN IM ÜBERBLICK

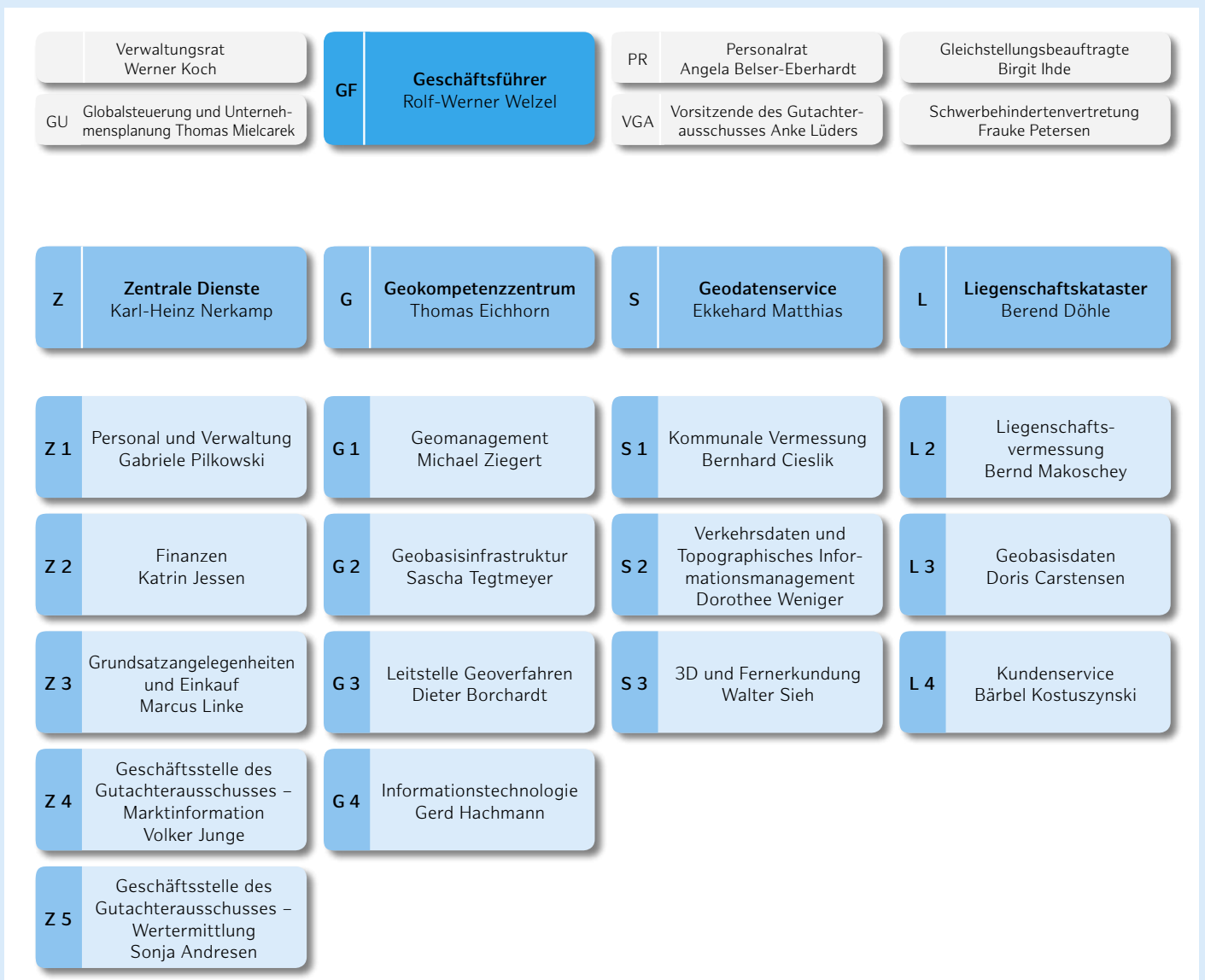
GESCHÄFTSFÜHRER

Rolf-Werner Welzel

Vertreter: Karl-Heinz Nerkamp

ORGANIGRAMM

Stand: 1. Juli 2017

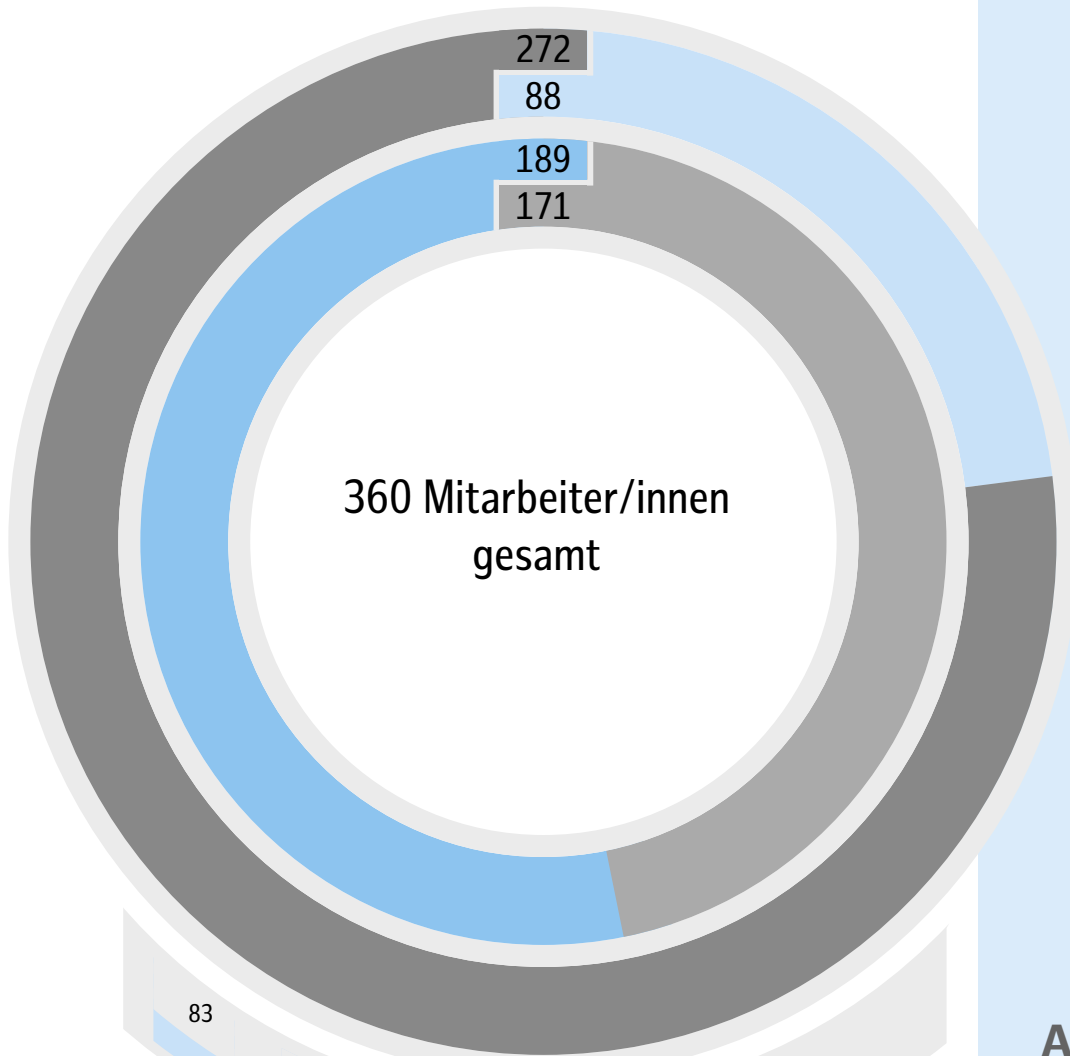


KENNZIFFERN

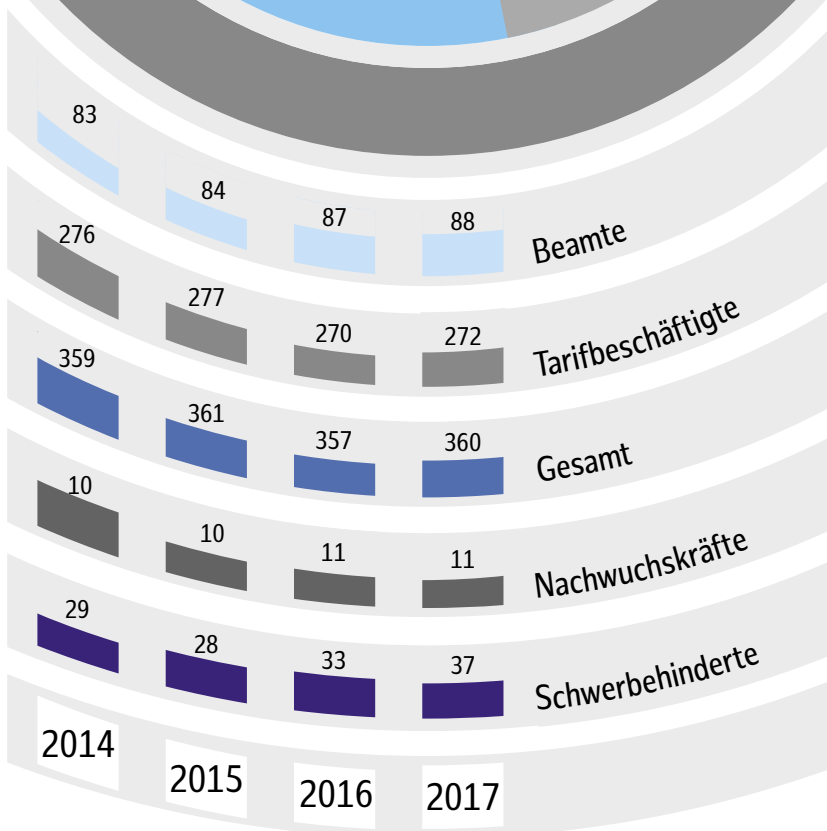
Werte aus 2017

- Tarifbeschäftigte
- Beamte
- Männer
- Frauen

360 Mitarbeiter/innen
gesamt



ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN



An aerial view of a modern architectural model for a building complex. The model features several interconnected white, block-like structures of varying heights and shapes. Some blocks are marked with blue squares containing white numbers: 7, 8, 9, 12, 13, 14, 15, 16, 17, and 18. The buildings are set on a light-colored, sandy ground with scattered green trees and shrubs. Two circular blue ponds are visible within the complex. The overall design is clean, geometric, and futuristic.

4.

**IM BLICKPUNKT:
DIE DIGITALE TRANSFORMATION –
DER LGV ALS GESTALTER**

KOMPETENZZENTRUM URBAN DATA HUB FÜR DIE FREIE UND HANSESTADT HAMBURG – SYNERGIEN DER VORHANDENEN STÄDTISCHEN DATEN UND GEODATEN SINNVOLL NUTZEN

Mit der Einrichtung des Kompetenzzentrums „Urban Data Hub“ (UD-HUB) wird die zentrale Rolle des LGV im Kontext der digitalen Strategie der Stadt Hamburg sehr gut deutlich.

Strategie Digitale Stadt

Zum Entstehungshergang: Der Senat hat mit der Senatsdrucksache zur Strategie Digitale Stadt die Staatsräterunde als Steuerungs- und Lenkungsgruppe für die Digitalisierungsstrategie Hamburgs eingesetzt (vgl. SDrs. 2015/14). In dieser Funktion wird die Staatsräterunde von der Koordinierungsrunde Digitale Stadt sowie der Leitstelle Digitale Stadt unterstützt. Die Koordinierungsrunde hat die systematische Nutzung urbaner Daten als ein strategisches Kernthema der Digitalen Stadt identifiziert. In der Folge wurde das Kompetenzzentrum Urban Data Hub für die Freie und Hansestadt Hamburg zum 1.8.2017 zunächst für drei Jahre beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) in Kooperation mit dem City Science Lab der Hafencity Universität (CSL) unter der Federführung des LGV eingerichtet.

Zurzeit entstehen in allen digitalen Anwendungsfeldern Projekte, die der Strategie der Digitalen Stadt folgen und immer auch eine technologische und datenbezogene Komponente beinhalten. Um diese Aufgabe strukturiert und mit einheitlichen Vorgaben bezüglich des Datenmanagements zu bewältigen, wurde mit dem Urban Data Hub eine zentrale organisatorische Einheit eingerichtet.

„Urban Platform“ (HH_UP)

Für die Umsetzung bedeutete dies, dass die sogenannte „Urban Platform“ (HH_UP) aufgebaut wird und damit die Integration und Vernetzung von standardisierten Daten und Webdiensten für Hamburg auf dem Weg zur Digitalen Stadt vorangetrieben wird. Die Urban Platform ist dabei nicht als zentrale Datenbank, sondern als System der Systeme zu verstehen. Die Philosophie besteht darin, dass die einzelnen Systeme zwar dezentral verteilt sind, aber dennoch über standardisierte Schnittstellen zusammengeführt werden. So stehen die aktuellen Daten der Stadt interoperabel für die verschiedensten Anwendungen zur Mehrfachnutzung bereit.

Beispielhaft ist hier die Weiterentwicklung der Urban Platform im Rahmen von EU-Projekten zu nennen. Im Rahmen der Projekte mySMARTLife und MONICA werden verschiedenartige Echtzeitdaten von Sensoren (z. B. die Belegung von Ladestationen für Elektroautos in ganz Hamburg, Umweltsensoren auf dem Hamburger Dom) in die Urban Platform eingespielt. Ein weiteres Beispiel ist die Konzeption und anschließende Umsetzung einer Architektur zur Integration von Daten aus dem Themenbereich der „Intelligenten Transportsysteme (ITS)“ in die Urban Platform.

Mit diesen und weiteren Projekten sollen gezielt Entwicklungsbedarfe erforscht und auf dieser Basis innovative Dienste konzipiert werden, die der Freien und Hansestadt Hamburg und den verschiedenen Nutzergruppen der Urban Platform zugute kommen. Dies umfasst insbesondere auch die Bereitstellung geeigneter Schnittstellen und Formate, um die Nutzung der Urban Platform etwa durch Unternehmen oder zivilgesellschaftliche Initiativen zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Verarbeitung und insbesondere die Bereitstellung der Daten unterliegen dabei den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.



BUILDING INFORMATION MODELING (BIM) – KOORDINIERTE DATENVERWALTUNG IM BAUWESEN

Der innovative Ansatz zur Digitalisierung des Bauwesens mit dem „Building Information Modeling (BIM)“ bildet den Lebenszyklus eines Gebäudes, einer Brücke völlig neu ab. Als Resultat werden vereinfachte, digitale Abläufe und somit eine Verbesserung der Effizienz sowie eine Steigerung der Kostentransparenz für alle Beteiligte der Planenden und Bauenden stehen.



Projekt im Rahmen der Leitlinie
„Digital First“

Im Diskussionsprozess mit LSBG, ABH, HPA und dem LGV hat sich herauskristallisiert, dass es für ein Projekt Building Information Modeling (BIM) einen hohen Bedarf bei allen Beteiligten (Behörden und Unternehmen der Bauplanung, Bauausführung, Facility Management) gibt. Und somit ist die koordinierte Datenverwaltung im Bauwesen eines der Projekte im Rahmen der Leitlinie „Digital First“, die die Hamburger Behörden vorantreiben.

Die langjährigen Erfahrungen im Erfassen, Auswerten und Darstellen von 2- und 3-dimensionalen Geodaten, im Umgang mit gängiger CAD-Software sowie den Kenntnissen und Erfahrungen mit Geodatenbanken sind die Kernkompetenzen des LGV. Er ist dadurch prädestiniert, eine wesentliche Rolle in der Koordinierung zur Entwicklung und Umsetzung des Projektes „BIM“ zu übernehmen.

Der LGV unterstützt dabei alle Beteiligten des Bauwesens: Dies betrifft operative Bereiche wie die Vermessung und Grundlagenerstellung genauso wie die strategischen Planer, die die Koordinierung innerhalb der Hamburger Verwaltung vornehmen.

Auf die einmal erhobenen bzw. erzeugten Daten greifen alle Beteiligten gleichermaßen zu, haben denselben Informationsstand und reduzieren dadurch Fehler in der Planung und im Bau. Durch eine koordinierte Verwaltung der Daten können diese auch über den gesamten Nutzungszeitraum der Bauwerke hinweg bis hin zum Rückbau des Bauwerkes im Facility Management genutzt werden. Die Vorteile für alle Beteiligten liegen auf der Hand:

- » die sofortige und stetige Verfügbarkeit aller aktuellen und anwendungsbezogenen Daten.
- » eine hohe Aussagekraft der Daten, da diese eine gemeinsame Datenbasis haben und prozess- und fachübergreifend regelmäßig aktualisiert werden.
- » eine hohe Effizienz im Planungs- und Umsetzungsprozess (Termin, Kosten, Beteiligte).

In 2018 ist geplant dazu ein Competence Center BIM einzurichten, das durch Fachcenter für Hochbau, Tiefbau und Hafen ergänzt wird. Über die Jahre sollen künftig alle wichtigen Bauten mit Hilfe der BIM-Methode geplant, gebaut und bewirtschaftet werden.

Competence Center BIM



LEITSTELLE XPLANUNG / XBau – STANDARDS BEIM BAUEN UND PLANEN

Die Erstellung von Planwerken der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Bauleitplanung und Landschaftsplanung als auch die Durchführung der Baugenehmigungsverfahren erfordern das Zusammenwirken einer Vielzahl von Akteuren. Im Zuge der zunehmenden Einführung digitaler Methoden in Planungsprozessen in der Freien und Hansestadt Hamburg ist ein möglichst verlustfreier Austausch digitaler Daten und Informationen zwischen den unterschiedlichen Planungsakteuren und verwendeten Softwaresystemen über standardisierte Datenschnittstellen notwendig. Mit standardisierten Datenaustauschformaten lassen sich digitale Geschäftsprozesse im Anwendungsbereich Planen und Bauen optimieren sowie entsprechend Verfahrenslaufzeiten reduzieren. Die IT-Systeme der in Planungsprozessen involvierten Akteure sprechen so die gleiche „digitale“ Sprache.

Vor dem Hintergrund hat die Freie und Hansestadt Hamburg als Bedarfsträger den Standardisierungsprozess XPlanung / XBau vorangetrieben. Mit dem Beschluss des IT-Planungsrates zur „Einführung der Standards XPlanung / XBau für IT-Verfahren im Anwendungskontext Bauen und Planen“ am 5.10.2017 stellte sich die Anforderung, zeitnah eine Leitstelle einzurichten. Seit dem 1.1.2018 ist diese nun beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung in Hamburg angesiedelt.

Die wesentliche Aufgabe der Leitstelle besteht in der Betreuung und Pflege der Standards XPlanung / XBau, wobei zunächst der Fokus auf einer deutschlandweiten Einführung der Standards liegt. Gleichzeitig soll die Leitstelle die Einführung der Standards in den Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg begleiten bzw. koordinieren und als Ansprechpartner bei Implementierungsfragestellungen zur Verfügung stehen.



LANGZEITSPEICHERUNG DIGITALER GEODATEN – DAS THEMA GEWINNT AN BEDEUTUNG

Digitale Geodaten haben bereits vor Jahren ihre analogen Vorgänger (Karten, Pläne, Dokumente, Bücher, Listen) weitgehend abgelöst. Mit diesem Wandel ging selbstverständlich auch ein Wandel bei der Aufbewahrung einher. Plankommoden, Kartenschränke und Archivregale wurden durch Server, mobile Festplatten, CD, DVD etc. abgelöst. Die Erkenntnis, dass diese Speichermedien und -systeme eine langfristige Aufbewahrung der Daten und insbesondere eine spätere Nutzung der Daten nicht unbedingt gewährleisten können und insofern Handlungsbedarf besteht, hat sich erst später durchgesetzt.

Inzwischen besteht in der Fachwelt Einvernehmen darüber, dass digitale Geodaten, wenn sie nicht mehr täglich gebraucht werden, vor dem Verlust bewahrt werden müssen, indem sie sicher gespeichert werden. Zugleich besteht die Anforderung, dass sie als amtliches Original erkennbar sein und für eine (gelegentliche) Nutzung bereitstehen müssen. Nach den Vorgaben des Archivgesetzes sind sie nach vorgegebener Zeit in einem geordneten Verfahren an das Staatsarchiv abzugeben.



Ziele der Langzeitspeicherung digitaler Geodaten

digitale Geodaten vor dem Vergessen bewahren

Der LGV hat auf diesem Feld eine Vorreiterrolle eingenommen und in den Jahren 2014 und 2015 nach den gesetzlichen Vorgaben ein Konzept zur Langzeitspeicherung von digitalen Geodaten entwickelt, welches ein stufenweises Vorgehen vorsieht. Nach der Konzepterstellung konnte noch 2016 im Rahmen einer Ausschreibung ein Softwarehersteller aus dem GIS-Umfeld für die Programmierung gewonnen werden. 2017 wurde mit der Auslieferung und Installation der Software begonnen.

Auch wenn der LGV seine eigenen Datenbestände, also im Wesentlichen Geobasisdaten, vorrangig im Blick hat, soll die Anwendung doch geeignet sein, Geofachdaten anderer hamburgischer Datenproduzenten zu verwalten. Entsprechende Anfragen liegen bereits vor. Auch ist zu erwarten, dass die Langzeitspeicherung über die Grenzen Hamburgs hinaus in anderen Ländern und Kommunen Anwendung finden wird.

Die Implementierung der Anwendung wird aus Sicht von Nutzerinnen und Nutzern den Zugang zu Daten und damit auch die Erstellung von Datenanalysen über längere Zeiträume wesentlich erleichtern. Zugleich bietet sie ihnen die Gewähr, dass Analysen auf verlässlicher Grundlage beruhen, da Authentizität und Integrität der Daten sichergestellt sein werden. Für den LGV eröffnet sich die Möglichkeit, die Kosten für die Inanspruchnahme von Speicherplatz zu verringern.



Geobasisdaten

VERKEHRSDATEN – DIE GRUNDLAGE FÜR VIELE STÄDTISCHE ANWENDUNGEN

Ein hochinteressantes Thema ist das Erfassen, Pflegen und Darstellen von Verkehrsdaten in der „Hamburger Straßeninformationsbank (HH-SIB)“. Durch die Erfahrungen und Kenntnisse des Fachbereiches im Umgang mit Geodaten wurde der LGV von dem Amt für Verkehr und Straßenwesen der BWVI mit der Pflege der Geofachdaten beauftragt.

Der Fachbereich unterstützt und berät dabei die Fachliche Leitstelle des Amtes für Verkehr und kümmert sich zuverlässig um das vollständige Handling der Daten aus technischer wie inhaltlicher Sicht. Aus dieser Datenbank heraus werden Analysen und Auskünfte zur Verfügung gestellt.

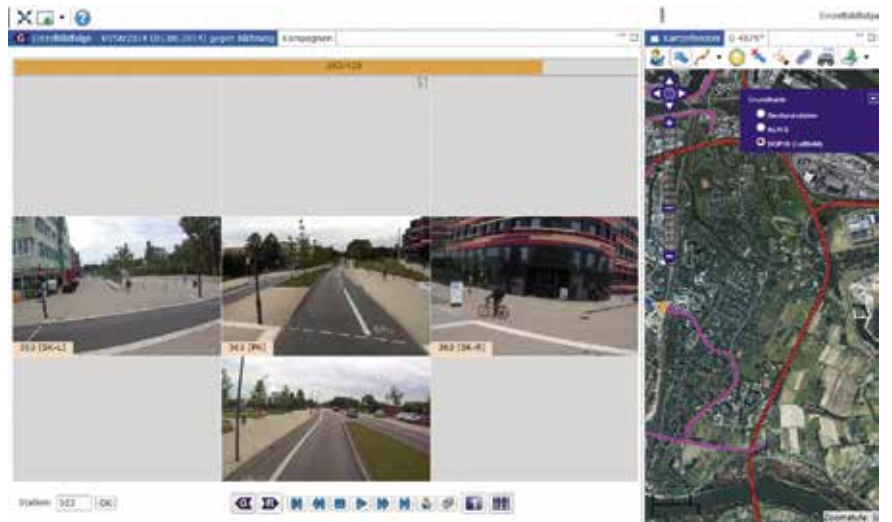
Seit Ende 2016 steht mit INFOSYS 8 ein WebClient zur Verfügung, der im Intranet der Freien und Hansestadt Hamburg Zugriff auf die Daten der HH-SIB ermöglicht. Im Jahr 2017 wurde das System in verschiedenen Verwaltungseinheiten mit Straßenbezug vorgestellt; viele Nutzerinnen und Nutzer in der Hamburger Verwaltung wurden in der Anwendung geschult.

Die Freie und Hansestadt Hamburg verfügt durch die HH-SIB über eine geordnete aktuelle Datenbasis als Grundlage für viele andere Verfahren, wie z. B. das Erhaltungsmanagement oder das Management von Großraum- und Schwertransporten oder Gefahrgutstrecken.

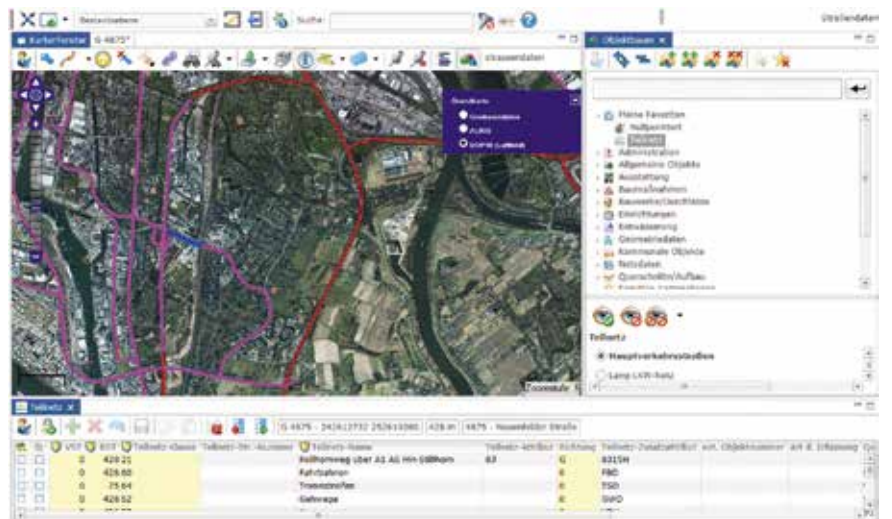


Die Ausrichtung der Nutzerinnen und Nutzer dieser Daten auf digitale Prozesse statt auf hergebrachten analogen Vorgehensweisen bedingt eine konsequente Weiterentwicklung der verkehrsbezogenen Geodaten und deren Verwaltung. Neue Anwendungen mit erweiterten Geodatenbedarfen werden entstehen und eine ständig aktuelle, zuverlässige Datenbasis benötigen.

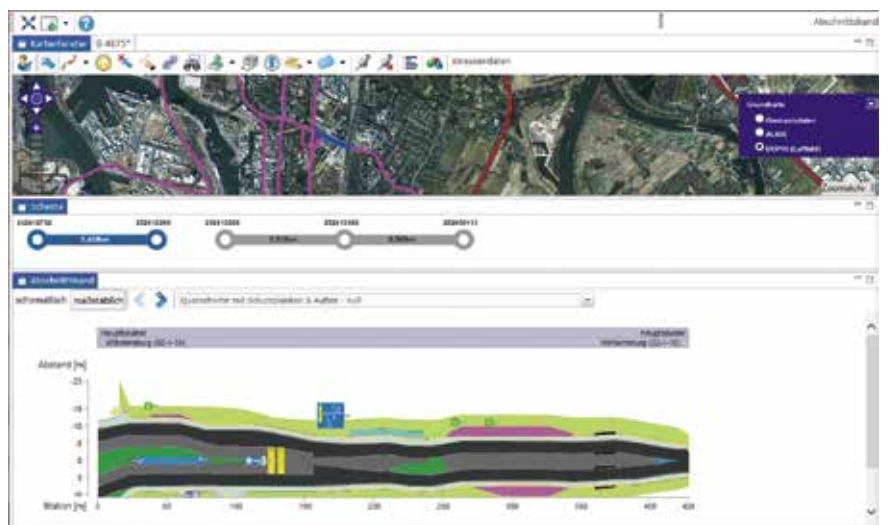
Hamburger Straßeninformationsbank
(HH-SIB)



INFOSYS Einzelbildfolge



INFOSYS Straßendaten



INFOSYS Abschnittsband

MASTERPORTAL / SCHULINFOSYSTEM – EIN BEISPIEL FÜR NUTZUNGSORIENTIERTE ANWENDUNG

Zum Auf- und Ausbau der Geodateninfrastrukturen GDI-HH und GDI-MRH gehört auch, Geodaten interoperabel vorzuhalten, so dass sie in verschiedenen Portalen problemlos visualisiert, abgefragt und ausgewertet werden können.

Die Basis für diese Portalanwendungen bildet das Masterportal des LGV, eine OpenSource-Lösung, veröffentlicht unter der MIT-Lizenz – die universell einsetzbar ist und ständig weiterentwickelt wird. Dieses steht auch anderen interessierten Gebietskörperschaften wie Kommunen, Landkreisen, Regionen, etc. zum Download für die Installation eigener Instanzen und Portalanwendungen kostenfrei zur Verfügung <http://www.hamburg.de/geowerkstatt/>.

Ein Beispiel von solchen kartenbasierten Themenportalen ist das Schulinfosystem zu Hamburger Schulen, das der LGV im Auftrag der Behörde für Schule und Berufsausbildung erstellt hat. Es ist im Internet frei verfügbar und kann von Interessierten genutzt werden (www.geoportal-hamburg.de/schulinfo/).

Es wurde mit der agilen Methode „Scrum“ entwickelt und bietet neben bekannten gebräuchlichen Funktionen zusätzliche Filter- und Auswertefunktionen, die in bisherigen Portalanwendungen bislang noch nicht enthalten waren. Als Responsive-Design-Entwicklung passt sich die Portaloberfläche dem verwendeten Gerät dynamisch an, je nachdem, ob z. B. ein Desktop oder ein Smartphone genutzt wird.

Über Filter können Grundschulen, Stadteilschulen, Gymnasien, Sonderschulen und Berufliche Schulen vor dem Hintergrund von Geobasisdaten ausgewählt und differenziert dargestellt werden. Klickt man auf das jeweilige Symbol, gelangt man zu den gewünschten Informationen wie Adresse und Telefonnummer der Schule, die aktuelle Schülerzahl, den Link zur Homepage und Details über das Schulprofil.

Das Besondere besteht nun darin, dass beispielsweise Eltern sowie Schülerinnen und Schüler ganz gezielt suchen und sich z. B. bestimmte Schulen mit einem speziellen Kriterium auf einer Online-Karte anzeigen lassen können (z. B. Grundschulen mit Schwerpunkt Inklusion).

**OpenSource-Lösung, veröffentlicht
unter der MIT-Lizenz**

Auf diese Weise wird die Suche nach der „richtigen“ Schule erleichtert. Zusätzlich werden zahlreiche Informationen über jede einzelne Schule angeboten.



Grundschulen mit Schwerpunkt Inklusion

AUSKÜNFTIGE LIEGENSCHAFTSKATASTER – ETABLIERUNG WEITERER ONLINE-VER- TRIEBSWEGE

Der LGV verfolgt bereits seit vielen Jahren das Ziel, den Nutzerinnen und Nutzern seine Daten und Dienstleistungen auch online zur Verfügung zu stellen. Schon länger besteht z. B. die Möglichkeit, Auszüge aus der Liegenschaftskarte online im „Hamburg Serviceportal“ sowie die Präsentationsdaten, die der Liegenschaftskarte zugrunde liegen, zu beziehen. Diese werden auch digital zur Weiterverarbeitung in einen CAD-System im DWG-Format online zur Verfügung gestellt.

Diese digitale Auskunft aus der Liegenschaftskarte wird im Zusammenhang mit dem Planen und Bauen sowie der Finanzierung von Baumaßnahmen benötigt. Die Online-Anwendung ist kostenpflichtig und kann anonym in Anspruch genommen werden.

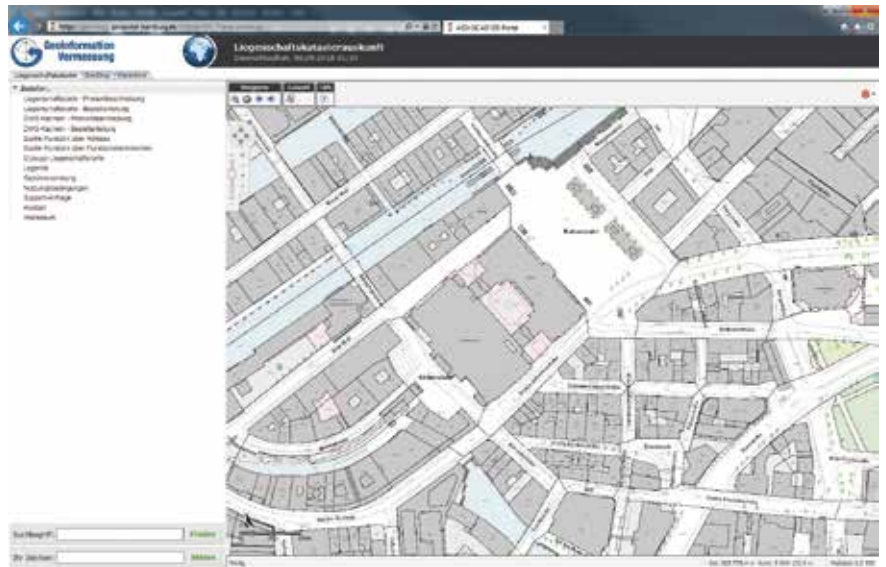
Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie wird der LGV die Online-Auskünfte kundenfreundlich weiterentwickeln und ausbauen, wie z. B. die durchgängig online abrufbaren „Flurstücks- und Eigentumsnachweise“. Dabei handelt es sich um Dokumente, die neben einer Vielzahl beschreibender Angaben auch die Namen der Eigentümerinnen und Eigentümer des Flurstückes ausweisen.

Die Namen der Eigentümerinnen und Eigentümer dürfen jedoch aufgrund rechtlicher Vorgaben nur an Personen übermittelt werden, die ein „berechtigtes Interesse“ an der Erlangung dieser Informationen darlegen können. Aus diesem Grund erfolgt die Bearbeitung nicht vollständig automatisiert. Zukünftig können die Nutzerinnen und Nutzern ihr Interesse an den Daten nachweisen, indem sie begründende Dokumente (z. B. Vollmachten) zusammen mit ihrer Online-Bestellung hochladen. Nach Prüfung der Berechtigung durch Personal des LGV wird den Nutzerinnen und Nutzern der Nachweis spätestens im Laufe des nächsten Arbeitstages zum Herunterladen bereitgestellt.

Zukünftig können die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Öffnungszeiten und bequem von zu Hause aus ihre gewünschten Informationen abrufen. Zugleich profitiert der LGV, weil sich der Aufwand für Kundenservice, -kommunikation und Datenbereitstellung reduziert. Kundinnen und Kunden, die Beratung wünschen bzw. benötigen, können natürlich weiterhin das Kundenzentrum des LGV aufsuchen oder telefonisch bzw. schriftlich den Kontakt suchen.

digitale Auskunft aus der Liegenschaftskarte

Die Herausforderung der Zukunft wird die Steigerung der Nutzerfreundlichkeit der Online-Vertriebswege sein.



Liegenschaftskatastralauskunft

GESCHÄFTSSTELLE DES GUTACHTERAUSSCHUSSES – ES GEHT DIGITAL VORAN

An vielen Stellen der täglichen und periodischen Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg zeigt sich, dass die Leitlinie „Digital First“ des Senats auch hier auf breiter Linie umgesetzt wird:

Die Arbeit der Geschäftsstelle gründet auf der Pflege und Bereitstellung der Daten für die Kaufpreissammlung. Dazu sind die Notare verpflichtet, die Kaufverträge an die Gutachterausschüsse zu übersenden. Dies kann nicht nur analog, sondern auch jetzt schon durch Übersendung einer PDF-Datei per E-Mail geschehen.

Zukünftig wird zu prüfen sein, inwieweit durch Spezifikationen im XJustiz- bzw. XNotar-Standard der elektronische Rechtsverkehr noch strukturierter ablaufen kann. Ziel ist ein stärker automatisierter Geschäftsablauf von den Notaren hin zu Grundbuchämtern, Steuerverwaltung und Gutachterausschüssen.

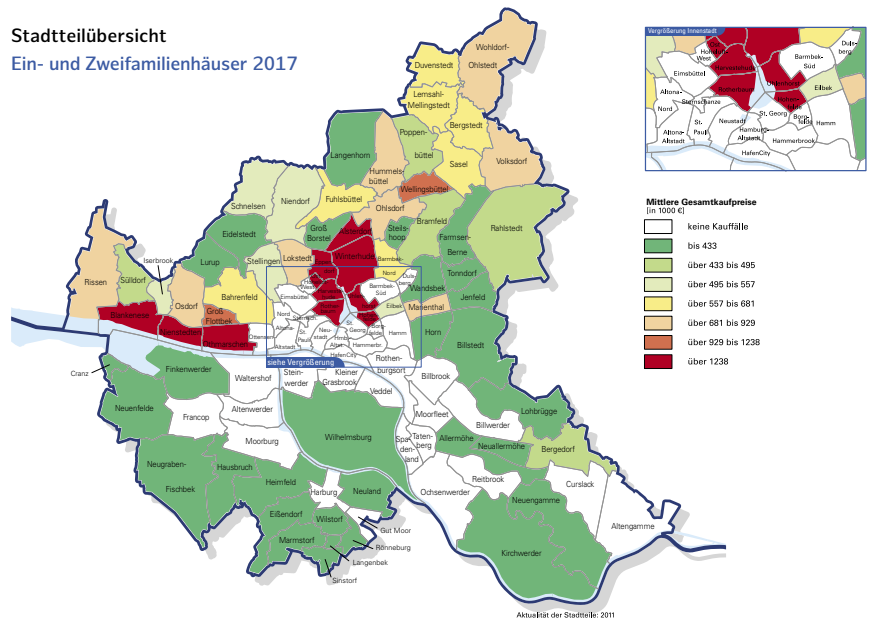
Die Verarbeitung der Daten erfolgt mit der Datenbankanwendung Automatisierte Kaufpreissammlung (AKS) der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, die schon seit 1991 eingesetzt und regelmäßig aktualisiert wird. Da die Daten der Kaufverträge nicht immer umfassend sind, werden die Käufer um ergänzende Auskünfte gebeten. Diese Käuferanfragen werden mit Textbausteinen aus der AKS heraus generiert. Soweit E-Mail-Adressen der Käufer aus den Kaufverträgen bekannt sind, werden Sie auch für den Versand der Anfragen genutzt.

Die ausgefüllten Fragebögen kann der Käufer ebenfalls per E-Mail zurücksenden. Geplant ist, im Internet auch eine interaktive Käuferbefragung bereitzustellen. Im Idealfall gelangt der Käufer über einen Link in der E-Mail auf die Käuferbefragung, füllt die Daten aus und die Daten stehen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses sofort digital zu Weiterverarbeitung zur Verfügung.

Die Daten der Kaufpreissammlung werden insbesondere zur Erstellung des jährlichen Immobilienmarktberichts genutzt. Bestimmte Auswertungen aus der AKS-Datenbank, z.B. die Erstellung von Stadtteil-Übersichten, werden bereits automationsgestützt mit FME-Prozessen ausgeführt. Dieser Ansatz soll weiter fortgeführt werden. Ziel ist es, die Daten eines Immobilienmarktberichts weitgehend „auf Knopfdruck“ erzeugen zu kön-

Automatisierte Kaufpreissammlung (AKS)

Stadtteilübersicht Ein- und Zweifamilienhäuser 2017



nen, so dass sie nur noch durch Textbeiträge ergänzt und für den Druck gestaltet werden müssen.

Immobilienwertdatenauskunft IDA.HH

Spezielle Auskünfte liefert seit 2017 IDA.HH – die Immobilienwertdatenauskunft Hamburg (www.geoportal-hamburg.de/ida) – den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Fachleuten. Es handelt sich um eine Internet-Anwendung, mit der die Nutzerinnen und Nutzer eine Auskunft über verschiedene Daten erzeugen können, die für die Immobilienwertermittlung von Bedeutung sind. Dabei interessieren sich die Nutzerinnen und Nutzer vor allem für Schätzwerte von unbebauten und bebauten Grundstücken sowie Eigentumswohnungen.

Sachverständige haben ein besonderes Interesse an den Auskünften aus der Kaufpreissammlung mit Datensätzen von Kauffällen, die für einen Vergleich mit dem zu bewertenden Objekt herangezogen werden sollen. Dass diese Auskünfte den Kundinnen und Kunden in maschinenlesbarer Form (Excel-Tabelle) per E-Mail übermittelt werden, ist schon keiner besonderen Erwähnung wert. Künftig sollen solche Auskünfte aber auch – vergleichbar mit IDA.HH – von den Kundinnen und Kunden im Internet selbstständig erzeugt und bezogen werden können.

Die Digitalisierung und insbesondere die digitale Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Ebenen der Datenerhebung, -verarbeitung und -bereitstellung.



5.

JAHRESABSCHLUSS IN ZAHLEN
LANDESBETRIEB GEOINFORMATION UND VERMESSUNG

LAGEBERICHT 2017

Betriebszweck des LGV

Geschäftsfelder des LGV

Der LGV agiert in **zwei Geschäftsfeldern**.

Dazu gehört zum einen, dass der LGV für die Freie und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) die ihm auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zugewiesenen **hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben** erfüllt.

Diese sind

- » die Erfassung, Führung, Pflege und Bereitstellung von **Geobasisdaten in Hamburg** zur Gewährleistung eines regional und überregional einheitlichen geodätischen Raumbezugs,
- » der **Nachweis des Eigentums an Grund und Boden** im Liegenschaftskataster,
- » die hoheitlichen Aufgaben der **Immobilienwertermittlung**,
- » die Führung der **geotopographischen Daten** in Hamburg,
- » die Planung und Durchführung von **Infrastrukturmaßnahmen** auf dem Gebiet der Geoinformation,
- » die systematische Nutzung urbaner Daten für die Entwicklung und den Ausbau der **digitalen Stadt** sowie
- » die **Realisierung von Zielvorga-**

ben des Senats auf dem Gebiet der Geoinformation.

Hierfür werden im Rahmen jährlicher Zielvereinbarungen zwischen der BSW und dem LGV Entgelte vereinbart, die der Behörde quartalsweise in Rechnung gestellt werden. Berechnungsgrundlage dafür sind die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung. Schwankungen innerhalb der Produktgruppen werden innerhalb des Gesamtertrages ausgeglichen.

Zum anderen ist der **LGV Dienstleister** für marktorientierte Produkte und Dienstleistungen für die hamburgische Verwaltung und private Kunden. Das Dienstleistungsangebot umfasst die Beratung, Bereitstellung und Aufbereitung von Geobasis- und Geofachdaten, die Entwicklung von Produkten und Anwendungen, die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen sowie Vermessungen im kommunalen Umfeld. Die Ermittlung von Immobilienwerten rundet das Leistungsspektrum des LGV ab. Die qualitativ gute und rentierliche Vermarktung ermöglicht eine Entlastung des Gesamtergebnisses.

Der Wandel in der Ertragsstruktur – von klassischen aus Geodaten entwickelten Produkten hin zu Dienstleistungen im digitalen

Marktsegment – hat sich noch dynamischer entwickelt, als bei der Gründung des LGV angenommen wurde. Angebotspalette und Organisationsstrukturen wurden entsprechend angepasst. Beispielfhaft genannt seien die kommunale Vermessung oder die Geodatenanwendungen – auch im Kontext der Strategie „Digitale Stadt“ – als Geschäftsfelder mit stetigen Ertragszuwächsen.

Wirtschaftliche Zielsetzung des LGV

Ziel des Landesbetriebes ist eine **wirtschaftliche Aufgabenerledigung**. Vorrangige ökonomische Ziele gemäß aktuellem Zielbild des LGV sind

- » die Erwirtschaftung ausgeglichener Jahresergebnisse im Rahmen eines mittelfristigen Planungshorizonts. Negative Ergebnisse einzelner Geschäftsjahre werden durch positive Ergebnisse aus anderen Geschäftsjahren egalisiert,
- » die Optimierung des Kostendeckungsgrades und
- » eine im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Kostendeckung ausgewogene Preisgestaltung auf der Basis belastbarer Zahlen aus dem kaufmännischen Rechnungswesen. Dabei sind bundesweit beschlossene Vereinbarungen zur einheitlichen

Preis- oder Gebührengestaltung für länderübergreifend verfügbare Produkte zu berücksichtigen.

Die Wirtschaftsplanung des LGV ist dabei auf den im FHH-Haushalt zur Verfügung stehenden Finanzrahmen auszurichten.

Planungs- und Berichtswesen des LGV

Zusammen mit der Aufsicht führenden Behörde wurde ein systematisch optimal aufeinander aufbauendes Balanced-Scorecard-basiertes System von **Globalsteuerungsinstrumenten** mit einem Zielbild, einem Unternehmenskonzept, jährlichen Zielvereinbarungen und einer quartalsweisen Erfolgskontrolle entwickelt. Dadurch ist die Anforderung zur Formulierung expliziter Ziele, Prioritäten und Budgets stark ausgeprägt und fördert die Disziplin in der Planumsetzung.

Verlauf des Geschäftsjahres 2017

Ertragslage

Umsatzerlöse

Der LGV finanziert sich über folgende drei **Einnahmequellen**:

- » **Entgelte** für die Wahrnehmung hoheitlicher und ministerieller Aufgaben für die FHH von der BSW, die kein Gebühren- und Preistatbestand sind. Hierbei

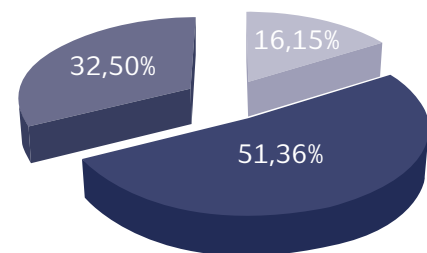
handelt es sich um Umsatzerlöse, die auf Basis einer Zielvereinbarung als solche in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen.

- » **Umsatzerlöse** aus dem Verkauf von Dienstleistungen und Produkten auf Basis von Gebühren- und Preistatbeständen.
- » **Zweckgebundene Zuschüsse** unterschiedlicher Art in deutlich geringerem Umfang.

In 2017 erzielte der LGV Umsatzerlöse (einschließlich Entgelte) i. H. v. TEUR 25.068 (Vorjahr TEUR 23.804); damit liegt er um TEUR 1.264 über dem Vorjahreswert. Dieser Wert setzt sich zusammen aus einer Absenkung der Erträge um ca. 700 TEUR im Bereich Umsatzerlöse für Produkte und Dienstleistungen sowie einer Erhöhung um TEUR 2.000 im Bereich hoheitliche Entgelte und ministerielle Dienstleistungen. Bei letzterem handelt es sich um den nunmehr wieder gezahlten Teil der Entgelte, der in 2016 vom LGV als Beitrag zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung getragen wurde. Die Absenkung der Umsatzerlöse für Produkte und Dienstleistungen ist insbesondere auf einen um TEUR 500 geringeren Anteil bei den Sonstigen Umsatzerlösen zurückzuführen. Hier hatte der LGV in 2016 eine außerplanmäßige Nachzahlung der BSW

für nicht kostendeckende Entgelte des Vorjahres erhalten.

Die Umsatzerlöse aus dem Jahr 2017 verteilen sich wie folgt auf die Kundenbereiche „Behörden und verbundene Unternehmen“, „Privatkunden“ sowie „Entgelte“:



- Private / Dritte
- hoheitliche / ministerielle Entgelte
- Behörden und verbundene Unternehmen

Kostendeckungsgrad

Die Gesamterträge einschließlich der Zuschüsse aus dem Haushalt belaufen sich auf TEUR 30.757. Diesem Betrag stehen Aufwendungen i. H. v. TEUR 30.023 gegenüber, so dass sich ein Jahresüberschuss i. H. v. TEUR 735 und damit ein **Gesamtkostendeckungsgrad von 102,5 %** ergibt.

Jahresergebnis

Das Ergebnis nach Steuern liegt bei einem Verlust i. H. v. TEUR -2.310. Dieser Fehlbetrag wird deutlich kompensiert bzw. deutlich überkompensiert durch Zuschüsse der Aufsicht führenden

Behörde. Diese als Verlustübernahme ausgewiesenen Beträge i. H. v. insgesamt TEUR 3.048 beinhalten in 2017 planmäßige Erstattungen i. H. v. TEUR 2.999 für in den Versorgungsfonds der FHH abgeführte Versorgungsanteile für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen/Beamte sowie für Versorgungsbeihilfezuschläge. Darüber hinaus ist ein Betriebsmittelzuschuss i. H. v. TEUR 49 aus dem IT-Globalfonds der Finanzbehörde darin enthalten.

Der letztlich erzielte Jahresüberschuss i. H. v. TEUR 735 liegt deutlich über dem ursprünglich erwarteten Ergebnis i. H. v. TEUR -1.249. Die Abweichung zwischen Plan und Ist i. H. v. TEUR 1.984 ergibt sich insbesondere aus folgenden Einzelpositionen:

- » TEUR 1.180
Erzielung höherer Umsatzerlöse als geplant, insbesondere in den Bereichen Umsatzerlöse Kommunale Vermessung, Gutachterausschuss und sonstige Umsatzerlöse;
- » TEUR 203
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen;
- » TEUR 158
Ungeplante Erträge für die Durchführung von EU-Projekten;
- » TEUR 391
Unterschreitung der geplanten IT-Aufwendungen.

Vermögenslage

Investitionen

Investitionen wurden in Höhe von rd. TEUR 1.300 getätigt und als Zugänge im Anlagevermögen gebucht. Ihre Aufteilung auf die einzelnen Anlagenklassen ist aus dem Anlagenspiegel ersichtlich.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des LGV setzt sich zusammen aus den Bilanzpositionen

- » **Grundkapital,**
- » **Kapitalrücklage,**
- » **Gewinnrücklage und**
- » **Bilanzgewinn/-verlust**

Das Grundkapital entspricht der Eigenkapitalausstattung des LGV bei seiner Gründung im Jahr 2003 und wird seitdem unverändert i. H. v. TEUR 6.344 beibehalten.

Die Kapitalrücklage des LGV enthält zum einen die seit Gründung des LGV entstandenen Jahresüberschüsse, die nach der entsprechenden Ergebnisverwendungsentscheidung dort eingestellt wurden. Vor 2009 wurden dort zusätzlich auch Investitionszuschüsse eingestellt.

Die Gewinnrücklage wird im Jahresabschluss 2017 erstmalig ausgewiesen. In den vorhergehenden Jahren wurden die Jahresergeb-

nisse aufgrund früherer haushaltsrechtlicher Vorschriften regelmäßig gegen die Kapitalrücklage gebucht. Nach geltendem Haushaltsrecht sind in der Kapitalrücklage nur Zuführungen aus dem Kernhaushalt nachzuweisen, die den Zuzahlungen des Gesellschafters in das Eigenkapital entsprechen. Der LGV hat daher nunmehr die Jahresergebnisse der Vorjahre ab 2006 aus der Kapitalrücklage in die Gewinnrücklage umgebucht.

Der Bilanzgewinn/-verlust ergibt sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten als Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung inklusive etwaiger Rücklagenveränderungen. Diese Beträge werden bis zur Entscheidung über ihre Verwendung durch die Aufsichtführende Behörde in dieser Bilanzposition ausgewiesen.

Das Eigenkapital des LGV setzt sich per 31.12.2017 wie folgt zusammen:

Eigenkapital	EUR
Grundkapital	6.343.980,01
Kapitalrücklage	4.356.812,27
Gewinnrücklage	7.127.001,57
Bilanzgewinn	734.635,22
Summe	18.562.429,07
(Vorjahr)	17.347.039,64)

Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand beinhaltet maßgeblich die auf den Geschäftskonten des Landesbetriebs bei der Kasse Hamburg ausgewiesenen Guthaben. In der Bilanz des LGV werden diese Zahlungsmittelbestände als Forderung an die FHH aufgrund Cash-Pooling ausgewiesen.

Zum jeweiligen Bilanzstichtag 31.12. erhöhte er sich von TEUR 17.266 in 2016 auf TEUR 18.395 in 2017.

Der Landesbetrieb war in 2017 jederzeit in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Für detaillierte Informationen wird auf die Abrechnung des Kapitalflussplans verwiesen.

Personal

Im Geschäftsjahr 2017 hat die durchschnittliche **Anzahl der Beschäftigten** von 357 auf 360 zugenommen.

Potentiale, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Allgemeines

Bei Gründung des LGV hat der Senat festgelegt, dass der Landesbetrieb nach dem „Modell einer wirtschaftlichen Einheit innerhalb des Konzerns“ von den übrigen Bereichen in Anspruch genommen werden soll, um im gesamthamburgischen Interesse eine doppelte Belastung des Haushalts zu verhindern, die durch die Vorhaltung eines Leistungsangebots beim LGV und die Bezahlung an private Auftragnehmer entstehen würde.

Ein **Andienungsgebot** verpflichtet daher die Organisationseinheiten der BSW und der BUE Leistungen, die vom LGV erbracht werden können, grundsätzlich bei diesem in Auftrag zu geben.

Die Beistellung von Vermessungsleistungen des LGV bei Aufträgen der Stadt gegenüber Dritten (z. B. IBA Hamburg GmbH, DEGES GmbH) ist von der Umsatzsteuer befreit, sofern dies bereits bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt wird.

Entwicklungspotential im Kundenbereich

Die Entwicklung der Aufträge und damit der Erträge ist vom Auftragsverhalten der Kundinnen und Kunden abhängig. Der LGV

ist damit stark abhängig von der Baukonjunktur und der Mittelausstattung der Behörden. Zusätzlich stellt der Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung seiner Aufgaben mit dem bisherigen Schwerpunkt „Generierung und Vertrieb von Geodaten“ hin zum kompetenten „Dienstleister“ für sämtliche Aufgabenfelder des Geodatenmanagements eine besondere Herausforderung an die **Erschließung neuer Erlöspotenziale respektive neuer Aufgabenfelder** dar. Diesen neuen Herausforderungen stellt sich der LGV in vielfältiger und aktiver Weise.

Neue Geschäftsfelder in diesem Dienstleistungsbereich ergeben sich aktuell in der Beratung und Erstellung von Geoportalen und dem Handling von Geodaten, im Zusammenhang mit Verkehrsdaten, aber auch durch die Anwendung digitaler, dreidimensionaler Stadt- und Geländemodelle sowie der Bearbeitung des physikalischen 3D-Stadtmodells. Durch die Nutzung eines 3D-Druckers und einer CNC-Fräse ergibt sich ein Geschäftsfeld.

Des Weiteren leistet der LGV durch Bereitstellung von Daten und Dienstleistungen in vielen Bereichen der Stadt seinen Beitrag am Aufbau des „Modernen Hamburgs“, z. B. bei den Vorhaben zur

Digitalen Stadt resp. Smart City, bei der Planung und Durchführung von großen Stadtentwicklungsprojekten (Stromaufwärts an Elbe und Bille, Deckel A7 etc.), bei der Immobilienwertermittlung sowie der Entwicklung von Beteiligungsplattformen, insbesondere im Rahmen der Stadtwerkstatt, bei den Geoportalen sowie bei großen verkehrlichen Projekten, bei denen der LGV die BWVI, den LSBG und den LBV unterstützt.

Digitalisierung (E-Government)

Der Beitrag zum Digitalisierungsprozess und der Einsatz von Instrumenten des E-Governments in der hamburgischen Verwaltung beinhalten Einsparpotenziale (beim LGV und bei Dritten) und neue Ertragsfelder. Gesamtwirtschaftlich betrachtet führen die **Aktivitäten im Rahmen der Geodateninfrastruktur** zu einer **Steigerung der Wirtschaftlichkeit** in der Hamburger Verwaltung.

Im Rahmen des Aufbaus und Betriebs einer Geodateninfrastruktur Hamburg (GDI-HH) sind umfangreiche Anpassungen und Überarbeitungen der Geobasisdaten und der Metadaten, die der LGV vorhält, erforderlich. Dabei sind insbesondere nationale und internationale Standards einzuhalten und die Regelungen, die durch die EU-Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates (INSPIRE) vorgegeben worden sind, umzusetzen.

Die Finanzierung von GDI-Projekten verschiedener Dienststellen der Hamburger Verwaltung erfolgt auch aus einem „Topf“ im Rahmen des IT-Gesamtplanes. Über die Verwendung der Mittel werden der LGV, die Finanzbehörde und weitere Behördenmitglieder im Lenkungsgremium GDI-HH entscheiden. Dienstleistungen zur Realisierung von Projekten durch LGV, die gesamtstädtische Bedeutung haben, können somit auch aus den hier verfügbaren Mitteln finanziert werden.

Digitale Stadt

Im Rahmen des Ausbaus der digitalen Stadt Hamburg sind in den letzten Jahren verschiedene Aktivitäten auf unterschiedlichen politischen und administrativen Ebenen entstanden, die das Thema „Smart City“ in der Stadt Hamburg allgemein und in der Verwaltung in besonderer Weise bewegen. Die Drucksachen „Digitale Stadt“ und „Digital First“ sowie die mit diesen Themen verbundene Einrichtung einer Leitstelle Digitale Stadt mit den zugehörigen Arbeitsgruppen sind zentrale Beispiele für den politischen Willen. Sie geben einen Rahmen, in dem das Thema der Digitalisierung zu behandeln ist.

Die von der Senatskanzlei eingerichtete Koordinierungsrunde hat die systematische Nutzung urbaner Daten als ein strategisches Kernthema der Digitalen Stadt identifiziert und diesen Themenstrang unter der Bezeichnung „Urban Platform für Hamburg“ (HH_UP) unter Federführung der Leitstelle weitergeführt.

Unter Federführung des LGV wurde in Abstimmung mit dem City Science Lab der HCU ein kommunikativer Knoten, Urban Data Hub (UD-HUB), als Kompetenzzentrum beim LGV eingerichtet. Er soll die HH_UP weiterentwickeln und ausbauen; die Integration und Vernetzung von standardisierten Daten und Webdiensten für Hamburg auf dem Weg zur Digitalen Stadt werden vorangetrieben. Der UD-HUB nutzt bestehende GDI-Strukturen und entwickelt die HH_UP bedarfsgerecht weiter. Informations- und Kommunikationstechnologien leisten dabei einen Beitrag zur Verbreitung und nutzergerechten Aufbereitung von Daten.

Verschiedene Aktivitäten auf der Ebene von Projekten zeigen den konkreten Handlungsrahmen auf, in dem der LGV als Dienstleister tätig ist. Mit dem Ausbau und dem Betrieb der Geobasisinfrastruktur der Stadt Hamburg (GDI-HH) ist der LGV in den meisten Smart City-Projekten der Stadt involviert (Fachbe-

ratung, Anwendungsentwicklung, Datenbereitstellung u.v.m.).

Zurzeit entstehen in allen digitalen Räumen Projekte, die der Strategie der digitalen Stadt folgen und immer auch eine technologische Komponente beinhalten. Beispielsweise können hier Stadtentwicklung und Wohnen, Verkehr und Mobility, Gesundheit, Kultur und Umwelt genannt werden.

Eine weitere Querschnittsaufgabe nimmt der LGV in Hamburg wahr, indem er die **Geostandards** der Stadt setzt und die Finanzbehörde bei der Steuerung von IT-Verfahren mit Raumbezug unterstützt.

Beim LGV wird eine **Leitstelle XPlanung / XBau** eingerichtet. Die Aufgabe der Leitstelle ist es, die Pflege und Weiterentwicklung der Standards zur Etablierung durchgängiger digitaler Prozessketten im Bau- und Planungsbereich bundesweit sicherzustellen. Diese Aufgabe schließt zum einen die Modellierung von IT-gestützten Prozessen und Datenaustauschformaten für Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren in Verwaltungsprozessen der Stadtentwicklung auf Basis internationaler und nationaler IT-Standards mit ein.

Zum anderen ist die Leitstelle für die strategische Weiterentwicklung

der Standards XPlanung / XBau in E-Government- und SmartCity-Anwendungen im Anwendungskontext „Planen und Bauen“ zuständig.

Auch die Themen **„Bürgerbeteiligung“** und **„Open Data“** haben Auswirkungen auf entsprechende Aktivitäten im LGV.

Weiterhin sind in den letzten Jahren auf der Ebene der **Europäischen Union im Rahmen des Förderprogramms Horizon 2020** viele Projekte mit Smart City-Bezug entstanden, in denen die Stadt Hamburg als interessanter Partner und Impulsgeber eine aktive Rolle spielt. Auch hier wird das technische Know-how, die Fachkompetenz und die technische Infrastruktur des LGV in zahlreichen EU-Projekten genutzt. In diesen Bereichen wird der LGV sein Engagement in den nächsten Jahren noch weiter ausbauen.

Building Information Modeling

Das Thema „Building Information Modeling“ (BIM) wird sich zu einem neuen Geschäftsfeld des LGV entwickeln. Der LGV kooperiert hier mit dem LSBG und der BSW, um die Methodik des BIM mitzugestalten und als Dienstleister auch in diesem Sektor operativ für die Hamburger Verwaltung tätig werden zu können. Dies geschieht sowohl im Rahmen des vom BMVI

genehmigten und geförderten Pilotprojekts Bauwerk 533 (Brücke der B5 über der BAB A1) als auch in weiteren kleineren Hamburger Projekten.

Bis 2020 sollen Standards für den Tiefbau gesetzt sein. Parallel werden entsprechende Standards gemeinsam mit der Privatwirtschaft für den Hochbau entwickelt. Der LGV wird sich in Abstimmung mit BSW und LSBG als „Fachcenter BIM“ etablieren und wird so für den Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer in der FHH sorgen. Auch die HCU ist in diese Maßnahmen eingebunden, um die Verwaltung wissenschaftlich zu begleiten. BIM wird zunehmend als Standardmethode in Hamburg verwendet. Baukosten und Betriebskosten lassen sich auf diesem Wege reduzieren.

Immobilienwertermittlung

Im Aufgabenbereich der Immobilienwertermittlung konnte in 2016 ein Auftrag generiert werden, der die Erstellung von über 500 Wertbeurteilungen über drei Jahre mit einer Gesamtsumme von rd. 1,76 Mio. EUR beinhaltet. Im Jahr 2017 wurden weitere rd. 100 Wertbeurteilungen beauftragt. Insbesondere in Bezug auf die nachhaltige Auslastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt dieser Auftrag eine besondere Herausforderung dar.

Langzeitspeicherung

Mit dem Vorhaben, eine Anwendung zur Langzeitspeicherung digitaler Geodaten zu entwickeln, macht Hamburg als erstes Bundesland den Schritt hin zur nachhaltigen Speicherung älterer Geodaten. Bisher lag der Fokus hauptsächlich auf der Bereitstellung hochaktueller Geodaten, die im Sinne der Nutzer in immer kürzeren Rhythmen aktualisiert werden. Wenn dann keine Speicherung bestimmter Zeitstände oder Schnitte in Standardformaten erfolgt, ist der Blick in die Vergangenheit verwehrt.

Hinzu kommt, dass nach den gesetzlichen Vorschriften auch digitale Geodaten zum Kulturgut gehören und regelmäßig dem Staatsarchiv zur Übernahme angeboten werden müssen. Diese Möglichkeiten bestehen bisher nicht. So schließt die Langzeitspeicherung von Geodaten nicht nur eine Lücke im Nachweis, sondern erfüllt auch einen gesetzlichen Auftrag zur Sicherung von Kulturgut.

Weiteres

Weitere Möglichkeiten eröffnen sich für strategische Allianzen mit privaten Anbietern.

Die aktuelle Durchdringung der Geschäftsfelder im Privatkundenbereich ist bedarfsgerecht. Der Expansion des Leistungsangebotes

sind Grenzen gesetzt, da der Landesbetrieb in Märkten mit privaten Anbietern nur zurückhaltend und unter Berücksichtigung ordnungspolitischer und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen agieren kann.

Einen Großteil der grundstücksbezogenen Vermessungsdienstleistungen nehmen Freiberufler wahr, die „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“, zu denen ein eingespiltes partnerschaftliches Verhältnis besteht.

Grundsätzlich werden die Dienstleistungen bezüglich der Kostendeckungsoptimierung kontinuierlich weiterentwickelt.

Personal und Altersstruktur

Sowohl Chancen als auch Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung des LGV sind u. a. stark abhängig von Einflussfaktoren im Personalbereich, die im Folgenden näher betrachtet und bewertet werden:

Die **Tarifsteigerungen** müssen durch den LGV erwirtschaftet und die vorgesehenen Personaleinsparungen unter Berücksichtigung einer planvollen Personalentwicklung umgesetzt werden.

Infolge der sich dynamisch entwickelnden Auftragsituation entsteht beim LGV ein **temporärer Personalmehrbedarf** von bis zu 30 Vollkräf-

ten (VK), davon 5 VK, die über den Haushalt für hoheitlich-ministerielle Aufgaben finanziert werden. Dieser Mehrbedarf aufgrund der Geschäftsfeldentwicklungen ist im VK-Controlling des Senats anerkannt unter der Bedingung, den derzeitigen VK-Bestand (von 308 VK) in 2025 wieder zu erreichen.

Der LGV hat in den nächsten Jahren und insbesondere ab 2020 eine **dramatische Personalfuktuation** zu bewältigen; neben einer strukturierten Personalentwicklung werden erhöhte Anforderungen an einen gekonnten Wissenstransfer gestellt, um einen schädlichen Know-how-Verlust zu vermeiden.

Auswirkungen auf die Vermögenslage

Entwicklung der Zuschüsse

Nach seiner Gründung im Jahr 2003 hat der LGV zunächst jährlich sowohl **Investitionszuschüsse** als auch Betriebsmittelzuschüsse aus dem Haushalt der FHH erhalten. Die Zahlung planmäßiger Investitionszuschüsse wurde aber stark eingeschränkt und ab 2009 ganz eingestellt. Für **Ersatzinvestitionen** werden nunmehr die Abschreibungen für den Wertverlust des Anlagevermögens in die Erlöse einkalkuliert und damit erwirtschaftet; sofern darüber hinaus

zusätzlich neue Investitionen nötig werden, die die jährlichen Abschreibungen überschreiten, können sie aus der Gewinnrücklage finanziert werden, bis diese vollständig aufgebraucht ist. In 2017 hat der LGV darüber hinaus auf Basis einer Zuführungsvereinbarung mit der Aufsicht führenden Behörde für notwendige IT-Maßnahmen zusätzliche Investitionszuschüsse i. H. v. TEUR 223 erhalten.

Außerdem ist der LGV im Rahmen der VKoopUIS Kooperation „MetaVer und UVP-Portal“ der Bundesländer federführend für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung der Software-Komponenten zuständig. Auch hier beteiligen sich die Partnerländer mit anteiligen Zuschüssen an getätigten Investitionen; in 2017 betrug dieser Beitrag TEUR 101.

Entwicklung der Ausgaben

Die Ausgaben des LGV lassen sich unterteilen in

- » Betriebliche Aufwendungen (Personalaufwand, Sachaufwand, Abschreibungen),
- » Steuern (z. Zt. ausschließlich Kfz-Steuern) sowie
- » Ausgaben zur Beschaffung von Anlagevermögen (Investitionsausgaben).

Entwicklung der betrieblichen Aufwendungen – Personalaufwand

Der größte Posten unter den betrieblichen Aufwendungen ist eindeutig der Personalaufwand. Die Personalkosten im Landesbetrieb beliefen sich im Jahr 2017 auf EUR 21,8 Mio. Dies entspricht ca. **73 % des Gesamtaufwandes** und ist damit die **Haupteinflussgröße auf der Aufwandsseite**. Die Personalkosten des Jahres 2017 liegen um TEUR 2.117 über den Personalkosten des Vorjahres. Hiervon entfallen TEUR 692 auf Löhne und Gehälter. Die Höhe der Kosten ist dabei insbesondere abhängig von **Tarifsteigerungen** und den erreichten **Erfahrungsstufen** der Beschäftigten. Tarifsteigerungen sind derzeit im Zahlenwerk des Wirtschaftsplans mit 1,5 % berücksichtigt, müssen aber vollständig vom LGV selbst erwirtschaftet werden. Die mittlerweile erzielten Tarifabschlüsse gehen über diese 1,5 % hinaus (2 % in 2017 sowie 2,35 % in 2018). Der LGV geht davon aus, dass diese zusätzlich benötigten Personalaufwendungen durch eine Produktivitätssteigerung im Bereich der Dienstleistungen zum Teil aufgefangen werden können. Die zusätzlichen Personalkosten im hoheitlich-ministeriellen Aufgabenbereich sollen, soweit sie nicht durch Kostenreduzierung zu kompensieren sind, aus der Rücklage finanziert werden.

Die weitere Erhöhung der Personalkosten ergibt sich aus der Steigerung der Aufwendungen für die Altersversorgung um TEUR 1.425. Diese errechnen sich als prozentuale Anteile der Löhne und Gehälter, die in 2017 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht wurden. Auf das Jahresergebnis des LGV hat dies jedoch keine Auswirkungen, da die Versorgungsaufwendungen aus dem Haushalt der FHH erstattet werden.

Entwicklung der betrieblichen Aufwendungen – Sachaufwand

Den höchsten Anteil an den Sachaufwendungen nehmen die Ausgaben für **Mietzahlungen** (einschließlich Nebenkosten) sowie die anfallenden **IT-Aufwendungen** ein.

Während die Mietbelastung aufgrund eines bestehenden Vertrages mit der BSW zumindest bis einschließlich 2024 stabil bleibt, ist bei den IT-Aufwendungen aufgrund der erweiterten Aufgabengebiete in den folgenden Jahren mit einer Steigerung zu rechnen. Sie setzen sich zusammen aus IT-Aufwendungen aus Geschäften mit Dataport, IT-Aufwendungen aus Geschäften mit Dritten sowie Ausgaben für IT-Fortbildungen.

Investitionsausgaben zur Beschaffung von Anlagevermögen

Die Ausgaben für Investitionen dienen dem Ersatz sowie auch der Verbesserung und Erweiterung des dort vorhandenen Anlagevermögens. Der LGV verfügt aufgrund seiner Aufgabenstruktur im Anlagevermögen über einen hohen Anteil an immateriellen Werten in Form von Software und Daten. Diese haben regelmäßig eine kurze Abschreibungsdauer, die oftmals unterhalb der tatsächlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter liegt. U. a. aus diesem Grund lagen in den vergangenen Jahren die Werte für neue Investitionen unterhalb der Abschreibungswerte; im Ergebnis haben sich Abschreibungen als Teil der Kapitalrücklage angesammelt. Ab 2017 werden die mittlerweile überholten Software- und Datenbestände verstärkt erneuert; darüber hinaus machen neue Aufgabenfelder im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung auch erweiterte Beschaffungen in diesem Bereich notwendig.

Während sich die Investitionen in den vergangenen Jahren üblicherweise in einem Rahmen zwischen TEUR 600 und TEUR 800 bewegt haben, ist für das Haushaltsjahr 2017 nunmehr eine Steigerung der Investitionstätigkeit auf TEUR 1.300 zu verzeichnen. Darin enthalten sind beispielsweise Mittel für die Umsetzung der Langzeit-

speicherung von Geodaten, für elektronische Tachymeter und für Satellitenpositionierungssysteme. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen; in 2019 wird voraussichtlich ein Spitzenwert aufgrund einer geplanten Laserscanbefliegung erreicht.

Diese Investitionen werden teilweise durch die Aufsicht führende Behörde und die Finanzbehörde sowie im Rahmen von Kooperationsprojekten mit anderen Bundesländern bezuschusst. Der LGV hat in diesen Projekten die Rolle als Dienstleister übernommen.

Standort Wilhelmsburg

Der im Juli 2013 durchgeführte **Umzug nach Wilhelmsburg** erfolgte im gesamtstädtischen Interesse und sollte daher dem LGV keinen strukturellen Nachteil bringen. Seitens der Finanzbehörde liegt eine Zusicherung vor, den LGV finanziell nicht schlechter zu stellen als im Mietverhandlungsergebnis für das Europa-Center. Der LGV hat im Januar 2017 mit der BSW einen Untermietvertrag abgeschlossen, der die Mietbelastung in Wilhelmsburg bis zum 31.12.2024 auf TEUR 990 p. a. verbindlich festschreibt. Damit wird ein großer **Kostenfaktor** für die nächsten Jahre **stabil** sein.

Die Bürokapazitäten am Standort Wilhelmsburg sind ausgereizt. Der

LGV hat zwar in 2018 die Möglichkeit weitere Büroräume anzumieten, dieses Kontingent deckt aber nur den Bedarf für die bisher geplanten Neueinstellungen. Sollte weiteres Personal für zusätzliche Aufgaben benötigt werden, stehen am Standort Wilhelmsburg nach jetzigem Stand keine weiteren Arbeitsplätze zur Verfügung.

Entwicklungen des Eigenkapitals

Aufgrund unterjähriger Sondereffekte sowie stetiger Bemühungen zur Steigerung der Kostendeckung ist es dem LGV in den letzten Jahren gelungen, geplanten Verlusten entgegenzuwirken und zu positiven Jahresergebnissen zu kommen. Wie im Abschnitt „Verlauf des Geschäftsjahres“ beschrieben, hat sich der Eigenkapitalbestand des LGV deshalb zunehmend aufgebaut.

Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen wird sich das Eigenkapital innerhalb der nächsten Jahre nur langsam abbauen, so dass in den kommenden Jahren keine Gefahr einer Buchwertunterschreitung besteht.

Entwicklungen der Liquidität

Mit einer Verringerung des Eigenkapitals würde auch ein Abbau des Zahlungsmittelbestandes einhergehen und damit die Liquidität des Betriebes letztlich eingeschränkt werden. Nach derzeitigem Stand ist jedoch davon auszugehen, dass der LGV seine hoheitlich-ministeriellen Aufgaben in den nächsten Jahren auch weiterhin in gleichbleibendem Umfang und mit gleichbleibender Qualität wahrnehmen kann, ohne auf Liquiditätshilfen aus dem Haushalt angewiesen zu sein.

Prognose für das Geschäftsjahr 2018

Gemäß Wirtschaftsplanansatz wird der LGV das Haushaltsjahr 2018 mit einem Verlust i. H. v. TEUR 1.361 (nach Verlustübernahme i. H. v. TEUR 3.005) abschließen. Dieses geplante negative Jahresergebnis kann aus der vorhandenen Gewinnrücklage ausgeglichen werden.

Hamburg, 23. März 2018



Rolf-Werner Welzel
Geschäftsführer Landesbetrieb
Geoinformation und Vermessung

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2017

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des LGV für das Geschäftsjahr 2017 wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Verwaltungsvorschriften zu § 106 der Landeshaushaltsordnung (LHO) aufgestellt.

Die Bilanz ist nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gegliedert (§ 266 HGB), soweit sich aus den Verwaltungsvorschriften nichts anderes ergibt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Absatz 2 HGB) erstellt.

Mit der Aufstellung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung, des Anhangs inklusive Anlagenspiegel und des Lageberichts erfüllt der LGV die Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften zu § 106 LHO.

Bezüglich der Eigenkapitalgliederung erfolgte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 eine Änderung: Die Kapitalrücklage des LGV enthielt bis zum Vorjahr zum einen die seit Gründung des LGV entstandenen Jahresüberschüsse, die aufgrund früherer haushaltsrechtlicher Vorschriften nach der entsprechenden Ergebnisverwen-

dungsentscheidung dort eingestellt wurden. Vor 2009 wurden dort zusätzlich auch Investitionszuschüsse eingestellt. Nach geltendem Haushaltsrecht sind in der Kapitalrücklage nur Zuführungen aus dem Kernhaushalt auszuweisen, die den Zuzahlungen des Gesellschafters in das Eigenkapital entsprechen. Vor diesem Hintergrund weist der LGV im Jahresabschluss 2017 erstmalig eine Gewinnrücklage aus. In diese wurden die Jahresergebnisse der Vorjahre ab 2006 aus der Kapitalrücklage in die Gewinnrücklage umgebucht. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bemessenen linearen Abschreibungen aktiviert.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, bei abnutzbaren Gegenständen vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen werden auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegen-

stände nach linearer Methode vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) mit Anschaffungs- und Herstellungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden in Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben. Eine Ausnahme hiervon bilden GWG aus dem IT-Bereich; diese werden aus Transparenzgründen einzeln aktiviert.

Die Bewertung der Waren erfolgt zu gleitenden Durchschnittspreisen unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Grundlage für die Bewertung der unfertigen Leistungen sind die von Beschäftigten des LGV geleisteten Arbeitsstunden, die mit einem durchschnittlichen Stundensatz auf Vollkostenbasis bewertet werden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennwert angesetzt. Alle erkennbaren Einzelrisiken werden bei der Bewertung berücksichtigt.

Sonstige Rückstellungen sind in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen werden nicht gebildet, da der Kernhaushalt die Leistungspflicht trägt.

Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz Anlagevermögen

Die gesondert dargestellte Entwicklung des Anlagevermögens ist integraler Bestandteil des Anhangs.

Die Forderungen gegen die FHH enthalten die Geschäftskonten des LGV, die Gewährleistungszusagen der FHH für Altersteilzeitansprüche der Bediensteten des Landesbetriebes sowie die Forderungen gegen den Kernhaushalt der FHH.

Gemäß Nr. 3.2.2.4 der bis zum 31.12.2014 geltenden VV zu § 26 LHO mussten Landesbetriebe, die sich ganz oder zu nicht unwesent-

lichen Teilen aus dem Haushalt finanzieren, die Dotierung der Altersteilzeitrückstellung durch eine Forderung gegen die FHH in der Bilanz neutralisieren. Ab dem Jahr 2015 müsste der LGV die Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit selbst tragen; da das Altersteilzeitmodell jedoch ausläuft, kommt es in der Zukunft ausschließlich zu jährlichen Verminderungen dieser Rückstellungen. In gleicher Höhe reduzieren sich die Forderungen gegenüber der FHH. Per 31. Dezember 2017 besteht noch eine Ausgleichsforderung in Höhe von rd. TEUR 450 (Vj. TEUR 748).

Forderungsspiegel des Geschäftsjahres per 31.12. in EUR		mit einer Restlaufzeit	
Art der Forderung	Gesamtbetrag am 31.12. des Geschäfts- jahres	bis 1 Jahr	über 1 Jahr
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	193.412,48 (Vj. 180.216,57)	193.412,48 (Vj. 180.216,57)	0,00 (Vj. 0,00)
2. Forderungen gegen die FHH	22.088.245,83 (Vj.19.562.175,88))	21.637.929,83(Vj. 18.814.023,88)	450.316,00 (Vj.748.152,00)
3. Forderungen gegen sonstige Unternehmen im Konzern der FHH	1.161.387,69 (Vj. 954.285,70)	1.161.387,69 (Vj. 954.285,70)	0,00 (Vj. 0,00)
4. Sonstige Vermögensgegenstände	39.310,87 (Vj. 196.325,23)	39.310,87 (Vj. 196.325,23)	0,00 (Vj. 0,00)
Summe aller Forderungen	23.482.356,87 (Vj. 20.893.003,38)	23.032.040,87 (Vj. 20.144.851,38)	450.316,00 (Vj. 748.152,00)

Eigenkapital

Das Grundkapital entspricht der Eigenkapitalausstattung des LGV bei seiner Gründung im Jahr 2003 und wird seitdem unverändert i. H. v. TEUR 6.344 beibehalten.

Der Bilanzgewinn bzw. -verlust ergibt sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten als Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung und der Rücklagendeckung oder -entnahmen. Bis zur Entscheidung über die Ergebnisverwendung durch die BSW, wird das Jahresergebnis über den Bilanzgewinn bzw. -verlust auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Kapitalrücklage des LGV enthält die seit Gründung des LGV erhaltenen Investitionszuschüsse der BSW.

Im Jahresabschluss 2017 weist der LGV erstmalig eine Gewinnrücklage aus. In diese wurden die Jahresergebnisse der Vorjahre ab 2006 aus der Kapitalrücklage in die Gewinnrücklage umgebucht. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

Das Jahresergebnis vor Verlustausgleich wurde durch den im Wirtschaftsplan vorgesehenen Verlustausgleich überkompensiert; der LGV hat somit in 2017 einen Überschuss in Höhe von TEUR 735 erzielt.

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Gemäß Nr. 1.3.4.2. VV zu § 106 LHO sind durch Zuschüsse finanzierte Investitionen als Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz darzustellen. Die Sonderposten werden in Höhe der jährlich anfallenden Abschreibungen ergebniswirksam aufgelöst. Die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug TEUR 301. Ferner enthielt der Sonderposten Investitionszuschüsse der Jahre 2007 – 2009 in Höhe von TEUR 481. Vor 2009 wurden erhaltene Investitionszuschüsse in die Kapitalrücklage eingestellt. Vor diesem Hintergrund erfolgte in 2017 die erfolgsneutrale Umgliederung der erhaltenen Beträge in Höhe von TEUR 481 vom Sonderposten in die Kapitalrücklage.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von EUR 3,0 Mio. (Vj. EUR 3,4 Mio.) beinhalten im Wesentlichen Personalverpflichtungen (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Sabbat) in Höhe von EUR 2,7 Mio. sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von EUR 0,2 Mio.

Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) wurden per 31. Dezember 2017 nach handelsrechtlichen Grundsätzen auf Grundlage ei-

nes versicherungsmathematischen Gutachtens bilanziert. Es wurden ein Rechnungszins von 1,35 % (Vj. 1,73 %) und eine Gehaltsdynamik von 1,5 % (Vj. 1,5 %) berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen branchenübliche Eigentumsvorbehalte an den gelieferten Gegenständen.

Erhaltene Anzahlungen

Die erhaltenen Anzahlungen basieren im Wesentlichen auf nachträglich gewährten Haushaltsmitteln der BSW, die dem LGV gewährt wurden (TEUR 2.600). Die erhaltenen Mittel sind zweckentsprechend zu verwenden für Personalmaßnahmen im digitalen Bereich (TEUR 1.005), die Umsetzung des Konzepts „Urban Data Hub für die FHH“ in Kooperation mit der HCU (TEUR 600), die Finanzierung einer Leitstelle XBau/XPlanung (TEUR 500) sowie zur städtebaulichen Unterstützung (TEUR 500). Im Geschäftsjahr 2017 wurden TEUR 69 zweckentsprechend verwendet, den angefallenen Aufwendungen stehen Erträge in korrespondierender Höhe gegenüber. Der noch nicht zweckentsprechend verwendete Betrag in Höhe von TEUR 2.536 wird unter den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesen.

Art der Verbindlichkeit	mit einer Restlaufzeit	
	Gesamtbetrag des Geschäftsjahres	bis 1 Jahr
1. erhaltene Anzahlungen	2.636.673,03 (Vj. 302.161,17)	2.636.673,03 (Vj. 302.161,17)
2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	489.853,17 (Vj. 100.858,79)	489.853,17 (Vj. 100.858,79)
3. Verb. ggü. verbundenen Unternehmen	86.448,87 (Vj. 34.728,94)	86.448,87 (Vj. 34.728,94)
4. Sonstige Verbindlichkeiten	440.814,42 (Vj. 338.395,36)	440.814,42 (Vj. 338.395,36)
davon aus Steuern	121.157,76 (Vj. 39.040,32)	121.157,76 (Vj. 39.040,32)
Summe aller Verbindlichkeiten	3.653.789,49 (Vj. 776.144,26)	3.653.789,49 (Vj. 776.144,26)

Des Weiteren hat der LGV in 2015 und 2016 vor Leistungserbringung insgesamt TEUR 730 für die Erstellung von Gutachten (sanierungsbedingte Wertermittlungen) erhalten. Bis Ende 2017 wurden Leistungen im Wert von TEUR 630 erbracht. Die restlichen Gutachten im Wert von TEUR 100 sollen abschließend in 2018 erstellt werden; der Betrag wird daher in der Bilanz 2017 als erhaltene Anzahlung ausgewiesen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erbracht.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind TEUR 313 (Vj. TEUR

633) aus der Auflösung von Rückstellungen und TEUR 301 (Vj. TEUR 257) aus der Auflösung von Sonderposten enthalten.

Personalaufwand

In den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 5.442 (Vj. TEUR 4.017) sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 3.038 (Vj. TEUR 1.716) enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dem Posten sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 12 (Vj. TEUR 98) enthalten.

Verlustübernahme aus dem Haushalt

Den Vorgaben der Bewertungs- und Bilanzierungsstandards der Finanzbehörde entsprechend, wurde in die Gewinn- und Verlustrechnung eine Position zum Ausweis von Erträgen aus Verlustübernahmen eingestellt. Grundsätzlich werden hier alle erhaltenen Betriebszuschüsse einschließlich der Versorgungszuschüsse ausgewiesen. In 2017 hat der LGV Versorgungszuschüsse i. H. v. TEUR 2.999 sowie ein Betriebsmittelzuschuss aus dem IT-Globalfonds der Finanzbehörde i. H. v. TEUR 49 erhalten.

Zinsaufwand

Der Posten beinhaltet TEUR 8 (Vj. TEUR 10) aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Umsatzerlöse	EUR	
	2017	2016
Umsatzerlöse für Produkte und Dienstleistungen	11.943.673	12.679.721
Entgelte für hoheitlichen Tätigkeiten	12.874.000	10.124.000
Entgelte für ministerielle Aufgaben	250.000	1.000.000
Erlösschmälerung	-61	-28
Umsatzerlöse gesamt	25.067.612	23.803.693

V. Sonstige Angaben

Geschäftsleitung

Geschäftsführer des LGV im Jahr 2017 war Herr Rolf-Werner Welzel, Diplom-Ingenieur; stellvertretender Geschäftsführer war Herr Karl-Heinz Nerkamp, Diplom-Ingenieur.

Aufsichtsgremien

Die Aufsicht führte in 2017 die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Sie wurde durch den Beauftragten für den Haushalt der BSW, Herrn Jens Matthes, im Rahmen seiner üblichen Tätigkeit ausgeübt.

Darüber hinaus besteht ein Verwaltungsrat als weiteres Aufsichtsgremium. Der Verwaltungsrat des LGV besteht seit dem 15.06.2017 aus sieben (vorher sechs) Mitgliedern; den Vorsitz führte in 2017 Herr Werner Koch (Leitung Amt für Bauordnung und Hochbau der BSW). Im Geschäftsjahr 2017 bestand der Verwaltungsrat aus folgenden Mitgliedern:

- » Vertreter der BSW:
Herr Werner Koch (Vorsitzender)

Herr Jens Matthes
(stellv. Vorsitzender)

Frau Susanne Metz
ab dem 15.06.2017

- » Vertreter Finanzbehörde:
Herr Jörn Riedel
- » Vertreter der Geowissenschaft:
Herr Prof. Dr.-Ing. Harald Sternberg
- » Vertreter der Wirtschaft:
Herr Dr. Hubert Bischoff
- » Vertreter des Personalrats:
Frau Belser-Eberhardt

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	2017	2016
Gesamt	360	357
Frauen	171	169
Männer	189	188
Beamte	88	87
Tarifbeschäftigte	272	270
Auszubildende	11	11

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

In 2017 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen in Höhe von insgesamt TEUR 1.442 pro Jahr. Davon betreffen TEUR 1.411 die jährliche Gebäudemiete in der Neuenfelder Straße 19, Hamburg, ein-

schließlich der anfallenden Nebenkosten. Die Mietbelastung ist bis zum 31.12.2024 verbindlich festgeschrieben.

Darüber hinaus besteht zum Bilanzstichtag ein Bestellobligo aus Investitionen in Höhe von TEUR 271.

Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar für Leistungen des Abschlussprüfers betrug im Geschäftsjahr 2017 TEUR 27 (netto).

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres zum 31.12.2017 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet, über die an dieser Stelle zu berichten wäre.

Hamburg, 12.03.2018
Geschäftsführung

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktiva	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.098.769,41	1.042.058,79
2. Geleistete Anzahlungen	203.844,25	0,00
	1.302.613,66	1.042.058,79
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	544.115,85	393.776,29
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	379.296,90	362.771,65
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	15.160,87
	923.412,75	771.708,81
	2.226.026,41	1.813.767,60
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14.862,51	14.283,74
2. Unfertige Leistungen	370.832,00	153.482,00
3. Fertige Leistungen, Erzeugnisse und Waren	8.597,18	21.971,91
	394.291,69	189.737,65
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	193.412,48	180.216,57
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
a) Forderungen gegen die FHH	3.692.892,90	2.296.254,64
b) Forderungen an die FHH aufgrund Cash-Pooling	18.395.352,93	17.265.921,24
c) Forderungen gegen sonstige Unternehmen im Konzern der FHH	1.161.387,69	954.285,70
3. Sonstige Vermögensgegenstände	39.310,87	196.325,23
	23.482.356,87	20.893.003,38
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	11.273,52	11.178,75
	23.887.922,08	21.093.919,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten	123.836,42	135.712,20
Bilanzsumme	26.237.784,91	23.043.399,58

Passiva	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
1. Grundkapital	6.343.980,01	6.343.980,01
2. Kapitalrücklage	4.356.812,27	3.876.058,06
3. Gewinnrücklage	7.127.001,57	7.081.904,08
4. Bilanzgewinn	734.635,22	45.097,49
	18.562.429,07	17.347.039,64
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	980.660,48	1.480.996,59
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	3.040.905,87	3.385.719,09
D. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.636.673,03	302.161,17
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	489.853,17	100.858,79
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
a) Verbindlichkeiten gegenüber der FHH	58.113,23	1.380,48
b) Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Unternehmen im Konzern der FHH	28.335,64	33.348,46
4. Sonstige Verbindlichkeiten	440.814,42	338.395,36
	3.653.789,49	776.144,26
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	53.500,00
Bilanzsumme	26.237.784,91	23.043.399,58

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2017 in EUR	2016 in EUR
1. Umsatzerlöse	25.067.551,80	23.803.693,91
2. Erhöhung (i. Vj. Verminderung) des Bestandes an unfertigen Leistungen/Erzeugnissen und fertigen Leistungen/Erzeugnissen	202.990,23	-145.056,83
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.438.619,38	2.712.289,18
	27.709.161,41	26.370.926,26
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	32.948,40	32.489,15
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.623.799,73	2.483.351,07
	2.656.748,13	2.515.840,22
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	16.373.414,04	15.681.108,19
a) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	5.441.453,29	4.016.702,60
	21.814.867,33	19.697.810,79
6. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	871.002,68	958.014,91
a) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	37.863,00
	871.002,68	995.877,91
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.669.178,71	4.591.137,30
	-2.302.635,44	-1.429.739,96
8. Zinsen und ähnliche Aufwendung	7.692,84	9.862,22
9. Ergebnis nach Steuern	-2.310.328,28	-1.439.602,18
10. Sonstige Steuern	3.036,50	2.300,33
11. Verlustübernahme aus dem Haushalt	3.048.000,00	1.487.000,00
12. Jahresüberschuss	734.635,22	45.097,49
13. Gewinnvortrag (Vj. Verlustvortrag)	45.097,49	-1.485.651,66
14. Einstellung in die Gewinnrücklage (Vj. Entnahme)	-45.097,49	1.485.651,66
15. Bilanzgewinn	734.635,22	45.097,49

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie zum Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 5) haben wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Kapitalflussrechnung - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des **Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Hamburg**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters des Landesbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Landesbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landesbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, 4. April 2018



Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft


Hartmut Schmidt
Wirtschaftsprüfer


Silke Ammenwerth
Wirtschaftsprüferin

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.



6.

ANHANG

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABH	Amt für Bauordnung und Hochbau	GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
AdV	Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland	HGB	Handelsgesetzbuch
AFIS®	Amtliches Festpunktinformationssystem	HH-SIB	Hamburger StraßenInformationsBank
AKS	Automatisierte Kaufpreissammlung	HH_UP	Urban Platform für Hamburg
ALKIS®	Automatisiertes Liegenschaftskataster-Informationssystem	i. H. v.	in Höhe von
AR	Augmented Reality	IBA	Internationale Bauausstellung Hamburg
ATKIS®	Automatisiertes Topographisch-Kartographisches Informationssystem	IDA.HH	Immobilienwertdatenauskunft Hamburg
BauGB	Baugesetzbuch	INSPIRE	Infrastructure for Spatial Information in Europe
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes	JA	Jahresabschluss
BIM	Building Information Modeling	LGV	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	LHO	Landeshaushaltsordnung
BSW	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	LSBG	Landesbetrieb Strassen, Brücken und Gewässer
BUE	Behörde für Umwelt und Energie	LuL	Lieferungen und Leistungen
BWVI	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	MIT-Lizenz	Eine aus dem Massachusetts Institute of Technology stammende Freizügige Open-Source-Lizenz
DEGES	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	MONICA	Management Of Networked IoT Wearables – Very Large Scale Demonstration of Cultural Societal Applications
DWG	Datei-Format von AutoDesk /AutoCAD	n. F.	neue Fassung
ELBE+	Elektronische Bearbeitung von Leitungsanfragen	p. a.	per annum
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg	PG ZALT	Projektgruppe „Einrichtung einer Zentralen Auskunft über Leitungstrassen“
FME	Feature Manipulation Engine – Geodatenkonvertierung über Formatgrenzen hinweg	resp.	respektive
GDI	Geodateninfrastruktur	TEUR	Tausend Euro
GDI-HH	Geodateninfrastruktur Hamburg	UD-HUB	Urban Data Hub
GDI-MRH	Geodateninfrastruktur Metropolregion Hamburg	Verb.	Verbindlichkeit
gem.	gemäß	Vj.	Vorjahr
gewerbl.	gewerbliche	VK	Vollkräfte
ggf.	gegebenenfalls	VR	Virtual Reality
ggü.	gegenüber	VV	Verwaltungsvorschrift
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung		

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Telefon: 040 / 4 28 28 - 0

Fax: 040 / 4 27 31 04 07

E-Mail: info@gv.hamburg.de

Internet: www.geoinfo.hamburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Mielcarek

Gestaltung

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Kapitelbilder:

Luftbildkarte

Liegenschaftskarte

Stadtkarte

Stadtmodell

Schrägbildaufnahme

Visualisierung

Titelbild: Wolfgang Dehmel-Lampe, LGV

Erscheinungstermin und Stand

Oktober 2018

